

Arbeiterstimme

Heftnummer 10 Pfennig
Hast du schon ein Programm zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreise monatlich inkl. Post 2 RM (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenlage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die neuzeit gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameseite anschließend an den dreispaltigen Zeit einer Zeile 1,00 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Ersatzleistung des Bezugspreises

3. Jahrgang Freitag, den 28. Oktober 1927 Nummer 253

Niedner „schützt“ die Republik Der monarchistische Staatsstreicher Claas außer Verfolgung

Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.)
In der Strafsache gegen den Justizrat Claas wegen Vorbereitung zum Hochverrat hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts auf Antrag des Oberreichsanwalts beschlossen, das Hauptverfahren wegen mangelnden Beweises nicht zu eröffnen, den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen, die Kosten der Reichsstelle aufzuerlegen und die beschlagnahmten Schriftstücke wieder freizugeben. Es handelt sich um das Hochverratsverfahren gegen den Führer des Württembergischen Verbandes, das im Zusammenhang mit der Aktion Severings gegen den Reichstag und die Olympia im Mai vorigen Jahres eingeleitet wurde. In der Begründung des Reichsgerichts heißt es: „Der Angeklagte habe keinen Umsturz geplant, sondern nur ein „Minderheitskabinett“, die Auflösung des Reichstages, gegebenenfalls Maßnahmen auf Grund des Artikels 48, nicht aber die Bewältigung der Verbände und den Rücktritt des Reichspräsidenten. Die Verordnung, die Hitler im November 1923 in München erließ und die bei Claas gefunden wurde, habe Claas nicht verwenden wollen. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichsministerium habe bei seiner richterlichen Vernehmung erklärt, daß bei dem Einsatz der Reichswehr im Falle innerer Unruhen eine Heranziehung der Wehrverbände nicht vorgesehen sei. Infolgedessen habe Claas keinen unmittelbaren gewaltsamen Angriff gegen die Verfassung vorbereitet, wenn er auch nach seiner politischen Einstellung zu einer weitgehenden „Auslegung“ des Artikels 48 neige.“

droht. Das Reichsgericht lehnt ihren Schutz ab. Unsere Aufgabe ist es, sie zu erhalten gegen Verschänder und gegen Richter, die, wie wir zu ihren Gunsten annehmen wollen, nicht wissen, was sie getan haben.“
Wir sind der Meinung, und die sozialdemokratischen Arbeiter werden uns im Gegenzug zu ihrem Zentralorgan zustimmen, wenn wir behaupten, daß die Klassenrichter des Niednerensatzes sehr wohl gewußt haben, was sie getan haben, als sie den Beschluß fällten, den monarchistischen Staatsstreicher Claas außer Verfolgung zu setzen. Die bekannte Verordnung, die damals bei Claas gefunden wurde, war bekanntlich das Programm zur Aufrichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Mit dem schärfsten Terror und mit der Androhung von Todesstrafe gegen jede Bewegung der Arbeiter, gegen Streiks, mit der Androhung der Todesstrafe für die Arbeiterführer wurde beabsichtigt, das Faschistenregiment in Deutschland aufzurichten. Der Niednerensatz nennt das heute „keinen unmittelbaren gewaltsamen Angriff auf die Verfassung“ und entschuldigend die monarchistischen Staatsstreicher, bezeichnet die Absicht des Arbeitermordes und des weißen Terrors als „weitgehende Auslegung des § 48“. Claas wurde außer Verfolgung gesetzt, kommunistische Redakteure aber werden eines Zeitungsartikels wegen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die nachstehende Meldung illustriert den Charakter der Klassenjustiz. — Freiheit für Arbeitermörder und monarchistische Staatsstreicher — Zuchthaus und schwere Strafen für revolutionäre Arbeiter.

Kulturarbeit in Sowjetrußland

In seinem Referat auf der Jubiläumstagung des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion über das Ergebnis der zehnjährigen Kulturaufbauarbeit führte Genosse Lunatscharski folgendes aus:
Aus dem neuesten Material der Zentralen Statistischen Verwaltung geht eine unbestreitbare Steigerung des Bildungsniveaus unseres Landes hervor. So wurden 1920 im europäischen Teil der UdSSR auf 1000 Einwohner nur 355 Lesende und Schreibkundige beiderlei Geschlechts gezählt. Heute sind es 455 auf 1000 Einwohner.
Unter den Frauen hat das Analphabetentum größere Verbreitung als unter den Männern. Doch ist die Zahl der lese- und schreibkundigen Männer in den letzten drei Jahren um 25 Prozent gestiegen, die der Frauen um 82 Prozent. Diese Zahlen sind für das Durchschnittsverhältnis in der ganzen UdSSR charakteristisch. Im Jahre 1913 wurden für Volksbildungszwecke 278 Millionen Rubel, das sind 7,76 Prozent des Budgets, verausgabt, 1925/26 302,6 Mill. Vorkriegsrußland gab 10,98 Prozent des Budgets, im letzten Jahre 1926/27 306,2 Mill. Rubel. Entfielen in der Zwischenzeit 2,18 Mill. Rubel Ausgaben für Bildungszwecke pro Kopf der Bevölkerung, so waren es im Jahre 1925/26 3,86 Mill. Rubel, 1927 bereits 4,79 Mill. Rubel. Vor dem Kriege gab es 104 000 Elementarschulen, heute sind es bereits 108 000, d. h. ein Mehr von 3,6 Prozent. Die Schülerzahl beträgt heute 9 900 000, gleich 30 Prozent mehr als im zaristischen Rußland. 60-70 Prozent der Kinder besuchen die Schule. Vor der Revolution gab es fast keine Schulen in der Muttersprache der nationalen Minderheiten, oder sie erstreckten sich auf ein kleines Dörfchen. Heute wird in 70 Prozent der ukrainischen Schulen in der ukrainischen Sprache unterrichtet, in Turkmenistan leben wir eine starke Zunahme der Schulen überhaupt, wobei nicht nur turkmenische Knaben, sondern auch Mädchen in immer höherem Maße von Schulen erfährt werden. In 60 Prozent dieser Schulen wird in turkmenischer Sprache unterrichtet.
Was die Mittelschulen anbetrifft, so ist die Eröffnung der Kinder entsprechenden Alters gegenwärtig um etwa 40 Prozent größer als in der Vorkriegszeit. Eine besondere Art der Mittelschulen sind die sogenannten „Bauernjugendschulen“. Ihre Lebensfähigkeit wird am besten durch die starke Zunahme ihrer Zahl illustriert: 1924/25: 329 Schulen mit über 20 000 Schülern; 1926/27: 688 Schulen mit rund 50 000 Schülern. Auch die Zahl der Lehrerbildungsschulen und der dort ausgebildeten Jugendlichen wächst erheblich. Im Jahre 1923/24 gab es in der UdSSR 780 Lehrerbildungsschulen mit 60 000 Schülern, im Jahre 1926/27 sind es 1068 Schulen mit 110 000 Schülern.
Besonders stark wächst die Zahl der Technikaus- (mittlere technische Schulen). Im Jahre 1920 gab es 545 Technikaus- mit 70 000 Hörern, 1926 wurden in 1017 Technikaus- 180 000 Hörer gezählt. Die Zahl der Hochschulen ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um 35 Prozent, die Zahl der Studenten um 30 Prozent gestiegen. Die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft wird besser von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1921 gab es 780 allgemeine Bildungsanstalten (Schulen, Kurse usw.), heute sind es 898 mit rund 100 000 Zuhörern. Gleichmäßig wächst die Zahl der Arbeiteruniversitäten. Es gibt ihrer heute 31 mit 7808 Studenten, die zugleich Betriebsarbeiter sind. 22 000 Dorfschulen sind ebenfalls keine Lichtpunkte, die ihre Dorfschulen in die Finsternis der ländlichen Unwissenheit hinausleuchten. Die Dorfschulen sind Mittelpunkt des Kulturlebens des Dorfes. Nicht minder groß ist die Rolle der Klubs im Leben der Arbeiterklasse. Der Klub ist ein Stückchen Sozialismus, mitten in dem vom Sozialismus noch weit entfernten Leben des Arbeiters.
Ueber die nationale Kultur führt Genosse Lunatscharski aus:
Unter dem Jarismus wurden alle nationalen Gebiete gewaltsam russifiziert. Die Oktober-Revolution dagegen hat die volle Gleichberechtigung aller Sprachen der nationalen Minderheiten durchgeführt. Gegenwärtig besuchen zahlreiche Kinder der selbständigen nationalen Gebiete die Schule, dort wird in bezug auf Herausgabe nationaler Literatur, in bezug auf Hineinziehung der Frauen in öffentliche sowjetistische Arbeit Großes geleistet.
Ueber Kleinkindererziehung teilt Genosse Lunatscharski mit:
Im Jahre 1924/25 gab es 1139 Kindergärten, im nächsten Jahre bereits 1364, 1926/27 1639. Auch die Zahl der Kinder, die von diesen Anstalten erfährt sind, ist daher in Zunahme begriffen. Die Obdachlosigkeit der Kinder wird auf verschiedenen Wegen bekämpft, und dieses Übel wird allmählich überwunden.“ Unsere Presse hat sich im Vergleich mit der Vorkriegszeit nahezu vervierfacht. Unsere Zeitungen erscheinen heute in einer Gesamtauflage von nahezu 8 Millionen Exemplaren, vor dem Kriege waren es nur 2 1/2 Millionen Exemplare.
Die Bücherproduktion ist ebenfalls stark gewachsen. Im Jahre 1910, dem besten Jahre des vorrevolutionären Büchermarktes, sind 464 Bücher in 10 Mil-

Zur Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen den Justizrat Claas erhebt die gesamte Rechtspresse einen heißen Jubel. Der Hugenberg-Lokalanzeiger fällt drei Spalten über diese neueste „glänzende“ Leistung Werners und Niedners. Die Deutsche Zeitung des faschistischen Württemberg ist nicht minder erregt. Dort nimmt der Freund von Claas, sein faschistischer Staatsstreicherkompanie E. Döberner das Wort, um diese nicht unerwartete Leistung der arbeitserfreundlichen und faschistischen Justiz zu loben. Hugenbergs Lokalanzeiger jubelt nicht zufällig. Der kapitalistische Pressekapitän Hugenberg war einer der ersten Regierungsmänner der faschistischen Staatsstreicher, die auch vielfältige Verbindungen mit dem Reichspräsidenten auf zu verschaffen wußten. Sie hatten in ihren Plänen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur auf Grund des Artikels 48, auch Hindenburg einbezogen.
Der Vormarsch nimmt in seiner heutigen Morgenausgabe in einem Leitartikel mit der demagogischen Ueberrichtung „Schützt die Verfassung“ zu diesem neuen Justizhandwerk Stellung. Er will der Arbeiterschaft wiederum Sand in die Augen streuen, um sie über die Klassenjustiz zu täuschen. Das geht auch aus den Sätzen des Artikels hervor, wo es lautet: „Die Weimarer Verfassung scheint be-

Die andere Seite

1 Jahr 6 Monate Feltung für einen kommunistischen Redakteur
Leipzig, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Am Donnerstag fand vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des berühmtesten Vorgesetzten der Hochverratsprozesse gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung Genossen Werner Hirsch statt, der seit einiger Zeit Redakteur an unserem Chemnitzer Bruderblatt Der Kämpfer ist. Er war angeklagt wegen des am 14. September 1926 erschienenen Artikels in der Sächsischen Arbeiterzeitung „Arbeitermacht und Polizei“. Trozdem nachgewiesen wurde, daß Hirsch, während der Artikel erschien, in Urlaub war, hielt der Reichsanwalt die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat aufrecht und das Gericht verurteilte den Genossen Hirsch zu 1 Jahr 6 Monaten Feltung und 150 Mark Geldstrafe. Dieses ungläubliche Urteil des Reichsgerichts wendet sich nicht nur gegen kommunistische Redakteure, sondern ist in seiner Begründung eine Gefahr für alle linksorientierten Schriftsteller. Es wurde von den gleichen Richtern gefällt, die dem faschistischen Staatsstreicher Claas einen Freibrief erteilten.

Hohe Gehälter oder Arbeiterinteressen

Die SPD-Mandate zur Dresdner Bürgermeisterfrage
Mit allen Mitteln der Regierpolitik versuchen die Sozialdemokraten die Tatsachen zu verschleiern, daß der Bürgermeister Wähler das Aufnehmen seiner Tätigkeit abhängig machte sowohl von einer hohen Befoldung, wie auch einer besonderen Sicherung seiner Pension. Alle Versuche abzuleugnen, können aber die Tatsachen, die von uns schon festgestellt wurden, nicht beseitigen. In der gestrigen Nummer der Volkszeitung verliert sie eine sehr schwache Bedrohung der Dinge. So bleibt aber feststehend, daß die Volkszeitung gegen die von uns festgestellten Tatsachen nichts einzuwenden vermag. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab die SPD-Fraktion eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle zum Ausdruck bringen. In dieser Erklärung gibt die SPD im Gegenzug zu ihren bisherigen Behauptungen zu, daß die Mitteilungen richtig waren. Sie entschuldigend dort Dr. Wähler damit, daß er die Sonderheiten der Dresdner Satzverfassung nicht gekannt habe. Eine sehr lahme Entschuldigung, da Wähler wohl über seine Verhältnisse aus der Wählerzeitung unterrichtet war. Ueber die Pensionsbestimmungen sei Wähler aber gleichfalls nicht unterrichtet gewesen. Sehr sonderbar, ein Bürgermeister, der sich bewirbt, ohne sich zu informieren. Wir führen abolut kein Rückzugsrecht, wir werden noch einige Feststellungen hierzu bringen.
In der Feststellung, daß ja auch der zweite Bürgermeister die Vertragsbedingungen der Wählerzeitung erhält, hätte die Volkszeitung bislang geschwiegen. Sie gibt erst gestern darauf die Antwort, daß sie das nicht bestritten habe. Immerhin hat sie aber verstanden, diese Tatsache ihren Lesern zu verschweigen. Also nicht wir, sondern die SPD befindet sich in einem verzweifeltten Rückzugsgefecht.
Es bleibt bestehen, die SPD „dringt in den Staat ein“, um Positionen zu gewinnen für ihre Leute, nicht aber, um die Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Die Volkszeitung verliert in einer vorhergehenden Nummer die hohen Gehälter der übrigen Beamten gegen die Forderung von Wähler auszuspähen. Wir haben schon auf diesen Trick hingewiesen. Wir haben schon festgestellt, daß die SPD nicht einen Kampf gegen diese hohen Gehälter geführt hat, aber mehr noch, die SPD ist sehr warm für die Herabsetzung der Gehälter eingetreten. Bei der letzten Befoldungsanfrage war es die SPD, die sich für die Erhöhung des Gehältes des Stadtbaurates Wahl um 10 000 M.

einsetzte. Nur durch die Haltung der SPD wurde das Gehalt dieses Baurates auf die Höhe von 26 000 RM gebracht, die jetzt von der SPD-Presse als Mittel zur Verbedung der Wählerforderungen benutzt werden. Auch die Erhöhung der übrigen Gehälter wurde von der SPD zugestimmt. Hier gibt es kein Verschleiern.
Es muß festgestellt werden, das ist hier die wesentlichste Frage, die SPD tritt für die Erhöhung der oberen Gehälter ein, sie bezieht die Positionen als Futtertröppchen. Weshalb verweigert die Volkszeitung ihren Lesern bisher, daß Wähler zu seinem geforderten Gehalt noch 25 000 Mark aus der Wählerzeitung erhält? Weil sie selbst wußte, daß man vor den Arbeitern, die mit 1500 RM im Jahre noch hantieren, die oft noch weniger haben, eine solche Regelung der Beamtengehälter nicht vertreten kann.
Die Arbeiter haben durch diesen Fall erneut Einblick in die Kruppenpolitik der SPD erhalten. Alle Mandate, hier zu verschleiern, helfen nichts.
Es scheint uns angebracht, in diesem Zusammenhang auch dem Volksstaat einige Wahrheiten zu sagen. Die Sozialisten nehmen die Gelegenheit, um ihren Arbeitermord zu verdecken. Sie erklären, die Kommunisten seien mit Schuld, weil sie Wähler gewählt haben. Die Kommunisten haben, nachdem ihr Kandidat abgelehnt war, für Wähler gestimmt, sie haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die SPD von einem sozialdemokratischen Bürgermeister kein Eintreten für die Interessen der Arbeiter erwartet. Die SPD hat deutlich genug erklärt, daß sie diesem Bürgermeister und der SPD Forderungen unterbreiten werde, an denen sie zeigen können, wie weit sie es ernst meinen mit den Interessen der Arbeiter. Die ASG kimmte für den Volksparbeiter, den Vertreter der Schwerindustrie, sie hat sein Recht sich aufzuregen. Dann aber, die SPD-Führer sitzen selbst überall in gutbezahlten Stühlen. Sie vertreten die Interessen der Kapitalisten. Die Heiß-Regierung schlägt Temo und Sipo der Arbeiter entgegen. Jetzt versuchen sie einander auszuspähen. Doch uns will es schier bedünken, daß sie — Kabbal und auch Wähler. Beide Parteien, ASG und SPD, betreiben den schändlichsten Arbeitermord, und das muß festgestellt werden, trotz aller Mandate dieser Parteien.

1000 Exemplaren erschienen, im heutigen Jahre 145 Bände in 67 Millionen Exemplaren. Die Zahl der wissenschaftlichen Bücher hat sich verdoppelt, die Zahl der technischen Lehrbücher verdreifacht. Auf die Beteiligung der wissenschaftlichen Kräfte am volkswirtschaftlichen Aufbau eingehend, betont Genosse Lunatscharski die große wissenschaftliche Arbeit, deren Stütze die neuen wissenschaftlichen Institute sind.

In den 10 Berichtsjahren ist die Arbeit der Akademie der Wissenschaften zu großer Entfaltung gelangt. Die Sowjetregierung bewilligte große Mittel zur Organisation wissenschaftlicher Expeditionen und für die Verlagsstätigkeit der Akademie. Die materiellen Möglichkeiten derselben sind gegenwärtig ungleich größere, als in der Vorkriegszeit.

Auf dem Gebiete der Kunst sind bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Es reist eine rein proletarische Literatur heran, die uns bereits mehrere ernste und schöne Werke beibringt.

Unsere Theater, trotz der schweren Jahre des Niederganges, erhalten und durch neue Kräfte gefestigt, stehen in bezug auf die formale Seite der Schauspiel- und Regiekunst zweifellos in den ersten Reihen der Weltkunst. Zugleich macht sich in letzter Zeit ein starkes Streben der Theater bemerkbar, das wirkliche Leben widerzuspiegeln und sich an dem allgemeinen Kulturaufbau zu beteiligen.

Hilferding und Hamburg

Die Parole der SPD: Hinein in den kapitalistischen Staat
Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die rote Fahne schreibt heute zu der Sprengung der Verhandlungen durch die SPD-Führer in Hamburg und zu der Rede Hilferdings im Hauptausschuß des Reichstages über die Wirtschaftspolitik des Bürgerblodes Curtius:

Man muß den sozialdemokratischen Führern dankbar sein, daß sie am Tage nach der Sprengung der Verhandlungen mit der KPD über die Regierungsbildung in Hamburg durch Hilferding ihr wirtschafts- und finanzpolitisches Programm verkünden lassen. Beides, sowohl die Bildung der Koalitionsregierung in Hamburg als die völlige Solidarisierung mit der Wirtschaft- und Finanzpolitik des Bürgerblodes, die Hilferding unumwunden bekannte, verdienen die größte Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse. Der Vorwärts triumphierte in seiner gestrigen Morgenausgabe zu Hamburg „Ohne die KPD“. Er vergißt zu ergänzen, was der Sinn der Rede Hilferdings im Hauptausschuß des Reichstages war: Ohne die Arbeiterklasse, durch die und durch die Bourgeoisie, die Rede Hilferdings war sinngemäß eine Ergänzung des propagierenden Bruches der Verhandlungen mit den Kommunisten in Hamburg. Das muß verstanden werden. Das ist der gemeinsame Sinn der sozialdemokratischen Wahllosungen in Hamburg: Heran an den Staat und der Rede des Hauptprotokollisten der kapitalistischen Konjunktur, Herrn Hilferding. Dieses Spiel zu durchkreuzen ist die entscheidende Aufgabe des Kampfes gegen den Bürgerblock. Hamburg und die Rede Hilferdings beweisen, daß die sozialdemokratische Politik ein Teil der Strategie des Bürgerblodes, ihres Auswanderungsgelbes gegen die Arbeiterklasse ist. Die sozialdemokratischen Führer mögen ruhig weiter rufen: „Hinein in den Staat.“ Wir leben diesem Ruf entgegen: Zurück zum Staat des Bürgerblodes! Hinein in die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter! Entlarvung der Koalition, des Reformismus mit dem Bürgerblock und Zerschlagung der Koalitionspolitik! Kampf gegen den Bürgerblock! Diese Aufgabe ist nicht leicht. Aber wir müssen sie erfüllen. Die entscheidende Voraussetzung für die Führung des Kampfes für den Sturz des Bürgerblodes ist unsere Partei: Die einzige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse.

Röhler abgewirtschaftet?

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Eine Reihe sozialdemokratischer Zeitungen schreibt heute abend, daß der Finanzminister Röhler innerhalb der Regierungskoalition völlig abgewirtschaftet hat und nur noch gehalten wird, weil man befürchtet, daß die Austreibung der Frage eines Wechsels im Reichsfinanzministerium eine Kabinettskrise herbeiführt. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei wird erwogen, die Einsetzung eines besonderen Reichskommissars zu beantragen, der allein die Verhandlungen mit dem Reparationsagenten zu führen habe und als Vertreter des Gesamtkabinetts auftreten solle.

Neues aus aller Welt

Die Katastrophe im Atlantik

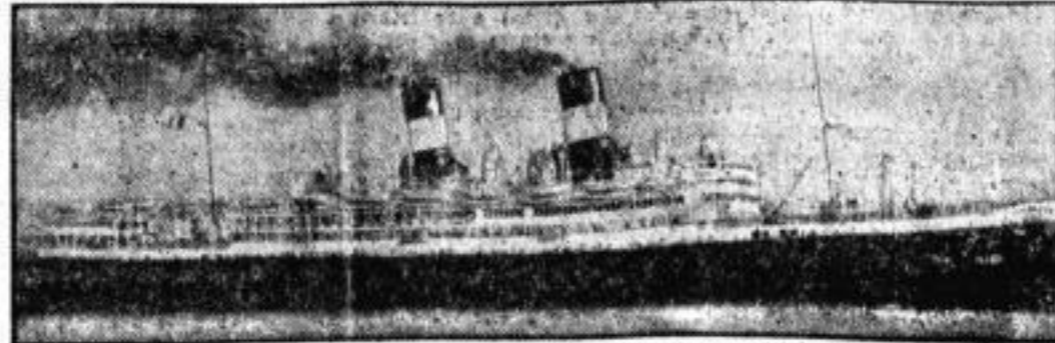
Noch keine genaue Verlustziffer

London, 27. Oktober. (Telunion.)

Die Zahl der bei dem Untergang der Prinzessa Mafalda ums Leben gekommenen Personen wird nunmehr übereinstimmend mit 68 angegeben. Man stellt in diesem Zusammenhang fest, wie beruhigend es sei, daß von den anfangs von amerikanischen Agenturen gemeldeten Vermissten in Wirklichkeit augenscheinlich noch nicht 10 Prozent zu beklagen sind. Da die Schiffe mit den geretteten Personen bisher noch nicht alle in den südamerikanischen Häfen eingelaufen sind, ist bis jetzt eine genaue Nachprüfung nicht möglich.

Newport, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die brasilianische Regierung geniert auf Wunsch des italienischen Konsuls alle Meldungen über das furchtbare Schiffsunglück der Mafalda. Der Dampfer befand sich auf seiner letzten Fahrt. Er war bereits nach Australien verkauft und sollte dort nur im Küstendienst Verwendung finden. Die Ursache des Unterganges ist vermutlich ein Schraubendruck. Während der Fahrt litt die Mafalda unter Maschinenmängeln, woraus auch die dreitägige Verspätung zu erklären ist. Im Augenblick der Katastrophe spielten sich furchtbare Szenen ab. Die Schiffsoffiziere gingen rüchichtslos gegen die Zwischendeckpassagiere vor, und man versuchte nur, die Passagiere der 3. Klasse zu retten. Zum Hohn für die eingeschleppten Proletarier ließ der Kapitän die italienische Nationalhymne spielen. Der Untergang dieses Auswandererschiffes, das fast nur von Proletariern besetzt war, ist eins der furchtbarsten Verbrechen an der arbeitenden Menschheit.



Der untergegangene Dampfer Prinzessa Mafalda

Gehirnfampf im Schulauseusch

Die Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages vom 27. Oktober stellte ein großes Brillantfeuerwerk dar, das von der Scheinopposition wegen der Verfassungswidrigkeit einziger Bestimmungen des schwarzen Schulgesetzes abgelehnt wurde. Kein Sozialdemokrat und auch kein Demokrat mündet sich gegen die Verpöndung der Schule.

Württemberg begrüßt durch seinen Vertreter den Entwurf, der nichts gewaltiam umwälze, sondern die Schule organisch erweitere. Thüringen ist ein sogenanntes „Oppositionsland“. Es beansprucht als Simultanland angesprochen zu werden.

Als dann der Demokrat Köhneburg die Regierung vor die Frage stellte, wie sie die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes begründe, antwortete in Abwesenheit des Herrn von Reudell sein Ministerialdirektor, der Zentrumsmann Vellengahr, der Verfasser des Schulgesetzentwurfs, die Verfassungsfrage sei nicht Sache des Innenministers, sondern des Justizministers Herat, der sich damit wohl noch nicht beschäftigt habe.

Der Volksparteiertei Kunkel zeigte sich in seinem liberalen Glanze; die Absicht der Verfassung sei nicht maßgebend, sondern nur der juristische Vorklaut. Damit hilft er dem Zentrum, die Verfassung so auszulegen, wie es in der gegebenen Situation paßt.

Der deutschnationale Spahn vertritt besonders, das Weimarer Schulkompromiß als zeitweiligen Notbehelf zu charakterisieren. Er begrüßt, daß die SPD keine Grundzüge mehr habe, ja daß sehr wohl eine allgemeine Einigung möglich sei!

Der Zentrumsmann Schreiber bezeichnet seine Partei als treue Anhänger von Weimar und treue Anhänger des Weimarer Schulkompromisses, aber — man dürfe die Verfassung nicht doktrinär auffassen.

Für die KPD kennzeichnet Genosse Rosenbaum das Verdeckspiel der Anhänger und Scheingegner des schwarzen Schulgesetzes. An Hand von Ausführungen August Bebel's stellt er fest, daß die Kirche in bürgerlichen Revolutionen stets verstanden habe, auf dem Boden des neuen Staates Fortschritte zu erzielen. So sei es dem Zentrum 1919 durch Scheinjuristen durch die revolutionären Arbeitermassen gelungen, mit der Sozialdemokratie ein Kompromiß abzuschließen, das damals unter dem Druck der Massen Scheinjuristen enthielt. Dann aber sei die Entwicklung weitergegangen. Der Schulgesetzentwurf des Staatssekretärs Schulz aus dem Jahre 1921 habe noch einiges vom Schulkompromiß enthalten. Der zweite Schulgesetzentwurf Schiele-Gührich aus dem Jahre 1925 habe bereits von der Stärkung der Macht der Kirche geredet, während der nunmehr vorliegende dritte Schulgesetzentwurf des Bürgerblodes beweise, daß ein festes Bündnis zwischen Bourgeoisie und Kirche bestehe. Für das Zentrum sei — und das hätten alle Zentrumredner offen gesagt — das Weimarer Schulkompromiß überholt. Das Zentrum führe nun das durch, was es immer gewollt, nur zeitweilig hinter Kompromissformulierungen verborgen habe. Die Sozialdemokratie sei die Feindin. Sie jammere jetzt über Verletzung der Verfassung und müsse am eigenen Leibe erfahren, daß Verfassungsfragen Nichtfragen seien. Besonders typisch sei, daß die Schulkinder im Geiste der Sittlichkeit erzogen werden sollten. Das bischöfliche Ordinariat habe über den katholischen Hauptlehrer Engler den Anklagezustand verhängt, weil dieser gewagt habe, den Bauernkrieg objektiv zu schildern, wodurch die Jugend enttäuscht werde. Damit sei klar, worin die Formulierung der sittlichen Erziehung der Schuljugend führen werde. Die KPD lehne sowohl das Verfassungsgesetz als auch die päpstlich-kapitalistische Sittlichkeit grundsätzlich ab.

Heinrich Schulz (SPD) ist über seine früheren Zentrumskreunde heftig erobert. Wenn das Zentrum von Weimar loswolle, so möge es das offen bekennen. Kennzeichnend war aber der Ausdruck, daß die SPD eventuell der Gleichberechtigung der Gemeindefortschule, der Volkshochschule und der weltlichen Schule zustimmen könne, denn Paris sei schon eine Weile wert! In Weimar sei außerdem beschlossen worden, formal alle bestehenden Schulen zu Gemeinschaftsschulen zu erklären, ohne aber den Charakter der Schulen irgendwie zu ändern. Das ist das volle Eingeständnis des Schwindels von Weimar.

Nord und Selbstmord

Dortmund. (Telunion.) In Solingen bei Herne tötete heute morgen der 23jährige Koftgänger Hagen seine 29 Jahre alte Wirtin, die Ehefrau Prolipski, durch einen Schuß in die Schläfe und verübte darauf Selbstmord.

Schwerer Unfall auf einer holländischen Bahnlinie

Amsterdam. (Telunion.) Heute fuhr in der Nähe von Haag ein elektrischer Zug in eine Gruppe von Bahnarbeitern. Signale des Zuges und des Kottenführers wurden infolge des heftigen Sturmes überhört. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei andere verletzt.

500 000 lettländische Rubel unterschlagen

Riga. (Telunion.) Der Kassierer der lettländischen Kriminalpolizei ist nach Unterschlagung von 500 000 lettländischen Rubeln verhaftet worden.

Starkes Erdbeben an der Ostküste Japans

London. (Telunion.) Nach Meldungen aus Tokio wurden durch ein heftiges Erdbeben im Hafen von Wajigata an der Ostküste Japans, 150 Häuser zerstört. Die Bevölkerung kampiert auf freiem Felde.

Kohlenhiebungen bei der franz. Saarbergverwaltung

Essen. (Telunion.) Wie die Saarbrücker Zeitung meldet, haben Beamte der französischen Bergverwaltung in größerem Umfange von den am Saarbrücker Hafen liegenden Haldebeständen Kohlen an Privatpersonen für eigene Rechnung verkauft. Durch geschicktes Herrichten der benötigten Papiere, konnte der Abtransport vom Hafen aus unbeanstandet nach Italien gehen; und auch das Einkommen der Gelder vollständig reibungslos. Eine Verhaftung soll bereits erfolgt sein.

Neue Kommunistenverhaftungen in Belgrad

Belgrad, 27. Oktober. (Telunion.)

Im Laufe des heutigen Tages hatte die Polizei ihre Aktion gegen die Kommunisten in Belgrad fortgesetzt. Es wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und viele Personen verhaftet. Unter ihnen befindet sich auch der Abgeordnete im Gemeinderat, Dr. Sima Markowitsch.

Der mehrerer kommunistischer Redner kennzeichnet Genosse Fürule die sozialdemokratische Wenderungsanfrage, die darauf hinausläuft, die Schulkinder zur Gewinnung des Klassenkampfes und zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten des Kapitalismus zu erziehen. Durch dauerndes Geheiß und soziale Pitalismus zu erziehen. Die Sozialdemokraten ihre treffliche Charaktere. Wie versuchen die Sozialdemokraten ihre treffliche Charaktere zu verwischen. Dann wird die Sitzung auf Freitag den 28. Oktober verlegt.

- Die kommunistische Fraktion hat eine Entschließung zum Schulgesetzentwurf eingebracht, die
- a) die volle Unentgeltlichkeit aller Lehr- und Lernmittel im gesamten öffentlichen Erziehungswesen endgültig sicherstellt;
 - b) durch unentgeltliche Ernährung, Bekleidung, ärztliche Betreuung der proletarischen Schüler die materiellen Voraussetzungen für die wirkliche Durchführung des im § 146,1 der Reichsverfassung vorgesehenen „organischen Aufbaues“ der Schulwesens schafft;
 - c) jede Körperliche oder geistige Züchtigung durch den Erzieher unter Strafe stellt;
 - d) die Öffentlichkeit des Unterrichts und das Mitbestimmungsrecht der Organisationen des wertigen Volkes festlegt;
 - e) die Umstellung des gesamten Unterrichtswesens auf die Grundlage der Produktionschulen in die Wege leitet.

Die Bourgeoisie beharrt auf der Todesstrafe

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde am 27. Oktober die am Vortage begonnene Beratung über den Abschnitt „Strafen“ fortgesetzt; zunächst über die Todesstrafe. Genosse Höllein setzte sich in längerer Rede mit der Stellungnahme der SPD und der Bourgeoisie auseinander. Die KPD ist grundsätzliche Gegnerin der Todesstrafe. Die kommunistische Gesellschaft wird keine Todesstrafe kennen, sondern soziale Elemente durch geeignete Heilungs- und Erziehungsmassnahmen vor Begehung von weiteren Verbrechen bewahren. Wir bestreiten dem kapitalistischen Staat, der Unterdrückungsmaschine der Bourgeoisie gegen das Proletariat, das Recht, Proletarier zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft durch Terrorurteile willkürlich zu machen. Darum sei die Stellung der SPD, die durch Appell an die Sentimentalität der Bourgeoisie, die Abschaffung der Legalen Todesstrafe fordert, nicht nur verfehlt, sondern direkt schädlich. Welcher kapitalistische Staat hat die Todesstrafe gegen Proletarier wirklich abgeschafft? Auch dort, wo sie gesetzlich abgeschafft ist, hält die Bourgeoisie das Standrecht mit summarischem Einlieferungswortfahren in Bereitschaft, um von den illegalen Hinrichtungen, wie „Erhängen an der Flucht“ usw. gar nicht zu reden. Wer die Todesstrafe wirklich abschaffen will, muß die Bourgeoisie zerschlagen, um auf dem Wege der proletarischen Diktatur zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft zu gelangen. Während dieser Periode der Sicherung des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft muß das Proletariat wirksam die Konterrevolution niederhalten und ausrotten können.

Professor Kahl, an den der Abgeordnete Rosenfeld gestern in fast lebendem Tone appelliert hatte, erklärte sich gleichwohl als innerer Ueberzeugung für Beibehaltung der Todesstrafe. Dem Genossen Höllein erwiderte er wörtlich: „Ich spreche als guter deutscher Bürger und als solcher erachte ich die Sicherung der bestehenden Ordnung als wichtig genug, um mich zur Beibehaltung der Todesstrafe zu bekennen.“

Reichsjustizminister Herzt erklärte, die KPD sei nicht aus Ueberzeugung gegen die Todesstrafe, sondern nur aus Gründen ihrer allgemeinen Regierung des Staates. Die preukische Koalitionsregierung habe im Reichsrat für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt. Ebenso war die SPD bei der Schaffung des Republikverfassungsgesetzes geradezu begeisterte Vertreterin der Todesstrafe in ungewohnter erweiterter Form. Ich bin dafür, sagte der Minister, daß die Stellung der Religion von Amts wegen so stark wie möglich im Volke verankert wird. Daß sei eine sehr gute prophylaktische Maßnahme gegen Verbrecher.

Keine Haftentlassung für schwererkrankte Kommunisten

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Justizhaus Buchsaj sitz Genosse Edmund Kümmele. Er ist 1924 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Durch die Hinderburg-Amnestie wurde die Strafe um 2 1/2 Jahre verfürzt. Kümmele hat ein schweres Kopfleid und eine Herzkrankheit, die sich infolge des barbarischen Straußolzugs fortgesetzt verschlimmert, so daß heute Lebensgefahr besteht. Kümmele hat dauernd Atembeschwerden und ist mehrmals bewußtlos geworden. Trotz spezialärztlicher Gutachten, daß eine Operation dringend erforderlich ist und eine solche nur nach einer vorausgehenden Erholung des Genossen geschehen kann, wird ihm jede Haftunterbrechung abgelehnt. Kümmele hat nach einer Haftstrafe von 9 Monaten. Jedoch ist es sehr fraglich, ob er sie überleben wird. Dieser tapfere totkrante Genosse nahm sein Zuchthausurteil mit folgenden Worten auf: „Mag da kommen, was will. Ich bin nun wie vor bereit, Blut und Leben dem Proletariat zum Opfer zu bringen. Arbeiter! Reiter Genossen Kümmele! Fordert seine Freilassung! Kämpft für die Vollamnestie!“

Die Kosten des Schulgesetzes in Anhalt

Desau, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das Anhaltische Staatsministerium hat eine Berechnung aufgestellt, nach der das neue Reichschulgesetz allein in Anhalt einmalige Ausgaben für Neubauten und so weiter von 5 200 000 Mark und für laufende jährliche Ausgaben 906 000 und für bauliche Unterhaltungskosten 84 500 Mark erfordert. Der Gesamtstaatsetat von Anhalt beträgt aber nur 20 Millionen Mark. Einschließlich Verzinsung und Amortisationskosten für die einmaligen Ausgaben würden durch das Reichschulgesetz jährlich 1 1/2 Millionen Mark Mehrbelastung entstehen.

Die Presse zum Petljura-Prozeß

Berlin, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Pariser Presse nimmt zu dem Freispruch Schwarzbart's je nach der politischen Färbung Stellung. Die Rechtspresse übt eine heftige Kritik und behauptet, der Spruch des Pariser Gerichts stehe ihm die ausländische Kundtschaft der Mörder zu, die internationalen „Rächer“ täten richtig daran, auf die Schwärze des französischen Schwurgerichts zu bauen. Die Linkspresse begrüßt einstimmig den Freispruch, der, wie von allen erwartet worden sei, bewiesen habe, daß noch ein Gefühl für Gerechtigkeit bestünde. Die braunen Leute, welche den Mörder Petljuras freigesprochen hätten, hätten der ganzen Menschheit einen Dienst erwiesen die Würde der Welt wiederhergestellt und das schwarze Bild des Pogroms aus der Welt gewischt.

Die Tägliche Rundschau Dr. Streinemanns nimmt den Freispruch zu Anlaß, um die deutschen Geschworenen-Gerichte zu preisen, in denen die Geschworenen sich nicht selbst überlassen bleiben, sondern ihre Sprüche in Gemeinschaft mit den rechtserlehrten Mitgliedern des Schwurgerichts fällen müssen. Früher konnte Deutschland mit der Ruhe ordentlicher Staatsbürger auf die Geschworenen-Verdulte des Auslandes herabblicken, weil in Deutschland dergleichen unmöglich war. Die Tägliche Rundschau macht dann noch Propaganda für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe.



28. Oktober 1923: Hamburger Aufstand mit Hilfe der Reichsmarine niedergeschlagen. — 1918: Mannschaften der deutschen Hochseeflotte verweigern Ausfahrt. — 1759: Georges Danton, französischer Revolutionär, in Arcis-sur-Aube geboren.

Notstandsarbeiter und Arbeitsnachweis

Die Entlassung von 120 Notstandsarbeitern in Niederwartha.

Zu unserer in Nr. 245 unserer Zeitung veröffentlichten Notiz über die Stellung des Arbeitsnachweises Dresden zu den Missetäten auf den Notstandsarbeiterbaustellen in Niederwartha wird uns von einem Arbeiterkorrespondenten noch folgendes mitgeteilt:

Bei den Verhandlungen am Montag den 17. Oktober mit den Vertrauensleuten der Notstandsarbeiter wurde denselben zugesagt, daß am nächsten Tage eine Kommission des Arbeitsnachweises hinauskommen würde, welche versuchen sollte, die ausgebrochenen Differenzen auf der Baustelle zu schließen. Dieser Versuch mißlang. Nicht der prägelade Heizer der Firma Buch u. Zentra wurde entlassen, sondern an seiner Stelle die dort beschäftigten 120 Notstandsarbeiter. Das Verhalten des Arbeitsnachweises bei dieser Gelegenheit muß noch etwas näher beleuchtet werden. Bereits am Montag, als der Kommission obige Vermittlungstätigkeit zugesichert wurde, vermittelte bereits der Arbeitsnachweis 30 neue Erwerbslosenstellen nach diesem Arbeiter-Eldorado. Am Dienstag erfolgten weitere Vermittlungen, so daß es dieser Scharfmacherfirma leicht gemacht wurde, die 120 Notstandsarbeiter auf das Straßengelände zu werfen. Der § 123 der Gewerbeordnung sieht eine ganze Anzahl Fälle vor, durch welche der Arbeitgeber oder seine Beauftragten vor Uebergriffen der Arbeiter geschützt werden. Er jagt aber nichts darüber, wie sich die Arbeiterschaft gegen derartige Prügelhiebe, wie sie bei der Firma Buch u. Zentra beschärfelt werden, schützen sollen. Es mußte hier zweifellos von der Direktion des Arbeitsnachweises die Frage geprüft werden, ob unter diesen Verhältnissen den Arbeitern die Weiterarbeit zugemutet werden konnte. Das hatte aber der Arbeitsnachweis Dresden nicht notwendig, sondern er stellte den betreffenden Arbeitern auf ihre neuen Unterbringungsanträge kurzerhand mit, daß ihnen die Unterstützung auf vier Wochen gesperrt werde. Aber auch damit begnügte sich der Arbeitsnachweis nicht, sondern er unterrichtete die Wohlfahrtsfürsorgestellen, daß den betreffenden Arbeitern auch von dort die Unterstützung verweigert wer-

den sollte. Man sieht daraus wieder, daß der Arbeitsnachweis es für seine Aufgabe erachtet, die ausbeutenden Scharfmacher in ihrem Vorhaben gegen die hungernden Erwerbslosen zu unterstützen. Es wird Aufgabe des Erwerbslosenausschusses zu Dresden sein, auch hier zu versuchen, daß die betreffenden Erwerbslosen zu ihrem Recht gelangen.

Wie mit Arbeiterleben gespielt wird, geht aus einem Bericht über die Tätigkeit des städtischen Bauaufsichters, der sich vom 1. Juni 1927 bis mit 30. September 1927 erstreckt und bei dem 118 Kontrollgänge durchgeführt wurden, hervor. Beauftragt wurden: Mangelhafte Gerüste 33, mangelhafte Balkenabdeckung 2, mangelhafte Unterkunftsräume 7, mangelhafte Kleiderablagen 5, mangelhafte Aborte 5, mangelhafte Ausschüttung 2, mangelhafte Hausabteilung 2, Dacharbeiten ohne Leime und Schuttbrett 3, Fehlen von Verbandszeug 2, nicht vollständiges und unsauberes Verbandszeug 4, unsaubere Zugänge und Treppen 5. Ferner wurden in dieser Zeit noch ausgeführt: 55 baupolizeiliche Feststellungen, 27 baupolizeiliche Nachkontrollen und 31 baupolizeiliche Abnahmen.

Postwertzeichenverkauf nach Schalterluß. Es ist vielfach bekannt, daß die gangbaren Postwertzeichen in kleinen Mengen auch nach Posthalterluß erhältlich sind. Es werden verkauft: a) beim Telegraphenamt (Postplatz) während des Posthalterlußes ununterbrochen (auch nachts); b) beim Postamt Dresden-Nr. 25 (Neustädter Bahnhof) ununterbrochen (auch nachts); c) bei der Annahmestelle des Postamts 24 im Hauptbahnhof (Durchgang III vom Wiener Platz) bis 21 Uhr; d) beim Eilzustellungsamt des Postamts 24 (Bismarckstr. 8, Hof Eingang D) von 21 Uhr bis zur Schalteröffnung; e) beim Hauptpostamt Dresden-Nr. 1 (Postplatz 2), Schalter 25 (Ausgabe postlagernder Sendungen), von 18 bis 20 Uhr. Größere Mengen können außerdem beim Postamt 24 (Bismarckstr.) Schalter 6, bis 19 Uhr gekauft werden. Nach Umarbeitung der selbständigen Wertzeichengeber auf die jetzt zur Freimachung erforderlichen Werte werden außerdem Wertzeichengeber in größerer Zahl wieder aufgestellt werden.

Kückler Dresdner Kinder. Die am 19. September 1927 nach Ablauf gereiften Dresdner Kinder kehren am 29. Oktober, 19.36 Uhr, zurück. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Sobon erscheint: Die kommunistische Internationale, Wochenchrift des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Heft 41, Preis 30 Pf. Inhalt: An einem schwierigen Wendepunkt, von der Kuomintang zu den Räten. — Kofental: Die Kontrollsysteme der Volkswirtschaft der UdSSR für das Jahr 1927/28. — J. Stalin: Die politische Programmpolitik der russischen Opposition. — Nach Edinburgh — Baku. — Peter Rodin-Berlin: Probleme der permanenten Arbeitslosigkeit in Deutschland. — Stutski: Ein halbjähriger Kampf der amerikanischen Kohlenarbeiter. — Die österreichische Frage. — Die Situation in der kommunistischen Partei Chinas zur Zeit des 5. Parteitages. — Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolportäre, oder durch die Post (Postabonnent 1 M. monatlich 1,25 M.). Verlag Carl Heyne Nachf., Hamburg und Berlin NW 6.

Eine stürmische Stadtverordnetenversammlung

Der Gehaltsforderungsstand Dr. Bührers — Ein Mißtrauensantrag gegen Dr. Bührer mit 38 gegen 35 Stimmen angenommen — Für den Auktionsverkauf der Straßenbahnen

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung verlief teilweise außerordentlich stürmisch. Gleich am Anfang der gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten, in der ein Einigungsantrag betreffend die Bestimmung über die Straßenreinigung behandelt wurde, ging es sehr lebhaft zu. Das Stadtverordnetenkollegium hatte vor einigen Monaten beschlossen, daß zur Deckung der Unkosten, die durch die Reinigung städtischer Verkehrsflächen entstehen, eine Steuer von 60 Prozent erhoben werden soll. Der Rat hatte damals 100 Prozent gefordert. Der Einigungsantrag lautete, für das Rechnungsjahr 1927/28 60 Prozent zu fordern, im übrigen aber die Worte von 80 Prozent zu streichen durch „eines Teiles“. Ueber diesen Punkt entspann sich eine außerordentliche Diskussion. Die Sozialdemokraten, die vor kurzem noch die Forderung von 60 Prozent gestellt hatten, zeigten sich hier als die Mittler zwischen Rat und Stadtverordneten, sie traten für den Einigungsantrag ein. Für die kommunistische Rats- und Stadtverordnetenfraktion ergab

Genosse Stadtrat Grunert das Wort. Er führte unter anderem aus, daß wir nach wie vor bei dem ersten Antrag, der auf 60 Prozent lautet, bestehen bleiben. Durch den Antrag des Einigungsausschusses gibt man nur den Hausbesitzern die Handhabe, neue Mieterhöhungen zu verlangen. Denn daß die Hausbesitzer die Steuern auf die Mieter abwälzen, sei doch klar. Wir aber haben alle Verantwortung, den Versuch diese billigen Argumente nicht zu geben. Die Deckung der Löhne der Tiefbauarbeiter kann und muß auf andere, als diese Art gesehen werden. Nach Genossen Grunert ergreift der Stadtverordnete Bührer (SPD) das Wort. Er verteidigt in warmen Worten den Vorschlag des Einigungsausschusses. Die Ausführungen Grunerts seien ohne Sachkenntnis gemacht worden.

Die Doppelzüngigkeit der SPD nagelt Genosse Stadtrat Lewinsohn fest. Er weist nochmals darauf hin, daß die SPD-Fraktion erst ebenfalls unseren Standpunkt geteilt habe. Jetzt habe sie, um den Rat aus seiner Klemme zu befreien, den Einigungsantrag akzeptiert. Dieses Beispiel des Umfallens der Sozialdemokraten könne man immer in den Ausschüssen und im Plenum feststellen. Planmäßig betreibt die SPD eine Wem- und Aber-Politik. Dafür könnten Tausende von Beispielen angeführt werden. Die Kommunalbetriebe sollen Rußwerksbetriebe sein.

Der Ober gibt eine Erklärung ab für Erhebung von 80 Prozent. Da er recht leise spricht, gibt ihm Genosse Schrapel zu verstehen, daß er laut sprechen soll, für seine 30 000 Mark Gehalt könne er es schon tun! (Als Bührer seine Erklärung abgab, hatte er seine Hände in den Hosentaschen und schaute herausfordernd und provozierend-erbosen auf das Kollegium.) In seinen weiteren Ausführungen betont Bührer, daß er mit den Ausführungen des Hausbesitzervertreeters Paul einverstanden sei. (Zuruf von Lewinsohn: Das ist für Ihre Politik kennzeichnend!) Bei der Abstimmung über diesen Punkt zeigt sich, daß der Einigungsantrag a. T. abgelehnt und der Vorschlag, 60 Prozent zu erheben, angenommen wird. Dafür stimmen nunmehr auch die Sozialdemokraten, die erst dagegen sprachen! Da keine Einigung zustande kam, wird sich die Gemeindeversammlung am nächsten Freitag, den 26. Oktober, über diese Frage begnügen. Nach 20.45 Uhr die eigentliche Stadtverordnetenversammlung. Eine Anzahl kleiner Punkte wird ohne Debatte angenommen.

Fall Bührer Hierzu sind zwei Erklärungen und zwei Anfragen eingegangen. Die erste von Lengel (Volkspartei) stellt fest, daß die beiden Stadtverordneten Vertam und Lengel nicht parteiwidrig gehandelt hätten. Zweitens sei die Volkspartei weder eine sogenannte Rechtsparlei, noch eine Linkspartei. Ob dieser „klugen“ Feststellung bricht das ganze Haus in starkes Gelächter aus — W a m p e h a l b u n d h a l b!

Köhl gibt namens Bührers und seiner Fraktion eine Erklärung ab. In dieser Erklärung heißt es unter anderem: Erklärung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Nach seiner am 13. Oktober d. J. erfolgten Wahl zum 2. Bürgermeister von Dresden hatte Dr. Bührer, bisher 2. Bürgermeister in Pirzheim (Baden), dem Oberbürgermeister Dr.

Bührer unter dem 18. Oktober d. J. mitgeteilt, daß er die Wahl annehme. Zugleich sandte er dem Oberbürgermeister in der Annahme, daß der Rat über seine Anstellungsbedingungen zu entscheiden habe, den Entwurf (!) einer Vereinbarung über seine Besoldung als 2. Bürgermeister der Stadt Dresden, die Anrechnung seiner bisherigen Dienstzeit im Staats- und Gemeindefunktion und die Ruhegehaltsbedingungen.

In der ersten Ratsabteilung und vom Oberbürgermeister Dr. Bührer Äußerungen getan worden, die bei einem Teil der Ratsmitglieder die Meinung aufkommen lassen mußten, daß es sich hier um geradezu maßlose Forderungen handelte. Bei einigermaßen gutem Willen wäre es aber dem Oberbürgermeister möglich gewesen, eine Aussprache mit Dr. Bührer über die Punkte herbeizuführen, die ihm unklar erschienen und mit der jetzigen Sächsischen Gemeindeordnung nicht in Einklang zu bringen sind (!), was leicht erklärlich ist, da in Baden eine ganz andere Gemeindeordnung als in Sachsen besteht. Der Herr Oberbürgermeister Dr. Bührer hat durch seine vorläufige Handlungsweise erzielt, daß in der bürgerlichen und kommunistischen Presse und dem Organ der Allsozialisten verzerrte, irreführende und meist von Hämißlichkeit tiefende Berichte in der Öffentlichkeit gegeben wurden.

Wir sind von Herrn Bürgermeister Dr. Bührer autorisiert worden, das Folgende zu erklären: 1. Als Herr Dr. Bührer seine Gehaltsansprüche formulierte, stützte er sich auf Grund seines Dienstalters auf das in der Ausschreibung angegebene Gehalt von monatlich 1503 Mk. einschließlich Wohnungsgeld gleich 18 000 Mk. Jahresgehalt. Er brachte das, da er die besondere Gehaltsstufe für Bürgermeister in Dresden nicht kannte (!), in Einklang mit einer Gehaltsstufe, die in der jetzt bestehenden Reichsbesoldungsordnung, das ist jetzt B 3 (Eingeldestufe). Er wollte aber auch zum Ausdruck bringen, daß eine etwaige gesetzliche Gehaltserhöhung in dieser Gehaltsstufe selbstverständlich für ihn in Betracht käme. Dabei ist ihm entgangen (wer's glaubt, kriegt einen Taler), daß in der neuen Besoldung über das Reichsbesoldungsgesetz die Besoldungsgruppen unnummeriert wurden. Danach ist B 3 der jetzt noch geltenden Besoldungsordnung gleich B 5 des neuen Entwurfs des Reichsbesoldungsgesetzes mit einem Grundgehalt von 18 000 Mk. Das entspricht den Ausschreibungsbedingungen.

Auch bei den Ruhegehaltsansprüchen geht Dr. Bührer von den in Baden geltenden gesetzlichen Bestimmungen und den zwischen ihm und der Stadt Pirzheim getroffenen Vereinbarungen aus. Danach hätte er nach Ablauf seiner dortigen Amtszeit einen Anspruch auf 80 Prozent Ruhegehalt gehabt. Nach den in Sachsen geltenden Bestimmungen wird Dr. Bührer nach Ablauf einer sechsjährigen Amtszeit etwa 74 Prozent seines Gehaltes als Ruhegehalt zuteilen. Dr. Bührer hat nicht lediglich den Anspruch auf die nach § 105,1 unter a) zeitlich begrenzte Rente, sondern auch auf das im gleichen Absatz, Satz 2 festgelegte Ruhegehalt (lebenslängliche Rente).

Es ist selbstverständlich (!), daß sich Dr. Bührer im übrigen nach den für Sachsen und die Stadt Dresden geltenden Bestimmungen richtet (!). Nach diesen Darlegungen stellen wir fest: 1. Die Ansprüche des Herrn Dr. Bührer bewegen sich durchaus im Rahmen der Ausschreibungsbedingungen und der gesetzlichen Vorschriften. 2. Es ist somit unwahr, daß die Forderungen Dr. Bührers das doppelte Gehalt des früheren Bürgermeisters Dr. Köhl darstellen und das jetzige Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters erreichen oder gar übersteigen. Die Ruhegehaltsansprüche Dr. Bührers beruhen auf gesetzlicher Grundlage und entsprechen dem, was vorher angebotenen Stadträten gewährt worden ist. Der Vorgesandene der bürgerlichen und kommunistischen Presse und des allsozialistischen Organs bricht danach völlig zusammen.

Die Ursache für diesem Vorgehen liegt in der durchaus unachtsamen und unverantwortlichen Behandlung der Sache durch den Oberbürgermeister Dr. Bührer in der ersten Ratsabteilung. Eine Gegenklärung Dr. Bührers Oberbürgermeister Dr. Bührer führte u. a. aus, daß es in einem Schreiben des zum 2. Bürgermeister von Dresden gewählten Dr. Bührer heißt: Er lege Wert darauf, vor seinem Eintritt die Besoldungs- und Pensionverhältnisse geregelt zu sehen. Zu diesem Zwecke ist dem Schreiben ein Entwurf beigelegt, in dem es heißt, daß hinsichtlich der Dienstbezüge die

Forderung nach einem Grundgehalt, Ortszuschlag, Frauen- und Kinderzulage nach der Besoldungsgruppe B III der Reichsbesoldungsordnung nach dem Reichsrat zurzeit vorliegenden Entwurfs und die Nebenbezüge nach den für Dresden geltenden Bestimmungen festgestellt werden. Die Dienstzeit soll von 1800 gerechnet werden, einschließlich der 5 Kriegsjahre. Dem Lohn werden in Sachen nichts im Wege, doch besteht ein Anspruch darauf nicht. Die Höhe der Rente bei Nichtwiederwahl betrage nicht, wie Dr. Bührer forderte, 80 Prozent, sondern etwa 72 Prozent. Der Gehalt nach B III beträgt ohne Ortszuschlag, Frauen- und Kinderzulage 24 000 Mark. Zu letzterem muß ich erklären, daß es sich um ein Versehen Dr. Bührers handele. In seinen weiteren Ausführungen ergeht sich Bührer in einer Polemik gegen die „von Unrichtigkeiten und Unwahrscheinlichkeiten wimmelnde“ Dresdner Volkszeitung.

Wie Köhl Bührer verteidigt In der Aussprache ergreift als erster Köhl das Wort. Er versucht, durch längere Ausführungen um die Kernfrage herumzutreten nach dem Motto: Man muß sich winden, man muß sich winden, schrie der Rat! So greift er dabei die Arbeiterstimme an, sie habe sich „leerd naschieren lassen“. Die Kommunisten Seckert, Köhler, Brandler hätten doch auch die hohen Ministergehälter bezogen, dabei weiß Köhl sehr gut, daß die ganze Amtsdauer dieser drei Genossen nur einige Tage gewährt habe, und daß unsere Genossen nie die Gehaltsfrage so gestellt haben, wie es Bührer getan. Bührer mache, „weil er alt werde, öfters mal Mißgriffe“. Allgemein sei es ja, daß man, wenn man auf der Höhe des Ruhmesstandes stehe, wieder zu sinken beginne — das Abtreten Bührers soll dies beenden. Weiter sei interessant, wie der „Ober“ sich für den noch der SPD angehörenden, aber innerlich fernstehenden Köhl, rührend einsetze. Dann erklärt er, Dr. Bührer sei ein Versehen unterlaufen!

Abrechnung mit den Sozialdemokraten! Nach Köhl ergreift Genosse Schrapel das Wort. Er betont, daß es Köhl, trotzdem er sehr lange gesprochen, doch nicht gelungen sei, nachzuweisen, daß das, was die Arbeiterstimme geschrieben, unwahr sei. Im Gegenteil! Immer wieder überfall hat die SPD für ihre Leute fette Pfunden zu verzeichnen gemacht. Die Fälle Reinert, Scheibemann und Köhl seien dafür charakteristische Beispiele. Auch in Dresden hat die SPD so gehandelt. Wir erinnern nur daran, daß die SPD-Fraktion der Gehaltserhöhung von Stadtrat Wähl, die 10 000 Mark betrug, zugestimmt hat. Da gewinnt es den Anschein, als wenn die Sozialdemokraten dies tun, damit, wenn einer der Ihren zurücktritt, die Gehaltsfrage ebenfalls so geregelt wird. Warum hat Dr. Bührer sich nicht den in der Ausschreibung enthaltenen finanziellen Bedingungen unterworfen?

Der Korruptionslohn der Güntzstiftung Ist von Köhl ebenfalls nicht erwähnt worden. Es muß doch festgehalten werden, daß der neue sozialdemokratische Bürgermeister dieselben Bezüge aus der Güntzstiftung erhält. Warum erklärt sich die SPD nicht hierzu? Jetzt verlieren die Sozialdemokraten, alles als ein Ablenkungsmanöver. Wahrscheinlich ist das weiter, als ein Ablenkungsmanöver. Wahrscheinlich ist das weiter, als ein Ablenkungsmanöver. Wahrscheinlich ist das weiter, als ein Ablenkungsmanöver.

Die Straßenbahnen fordern Nach Genossen Schrapel ergreift zur Geschäftsordnung Genosse Berner das Wort. Er teilt mit, daß unan-am Rathaus die Straßenbahnen sich in großer Zahl versammelt hätten. Eine ungeheure Erregung habe sie erfährt, weil der gefällte Schiedsspruch wiederum die neunjährige Arbeitszeit bei den Straßenbahnen vorlebe. Den Forderungen der Straßenbahnen ist in keiner Weise Rechnung getragen. Das Kollegium muß sofort zu dieser Situation Stellung nehmen und einen außerordentlichen Beschluß fassen. Genosse Berner beantragt: Auslösung der Debatte über die Bürgermeisterskizze und Stellungnahme zu den Forderungen der Straßenbahnen. Ueber diesen Antrag entspringt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der alle Redner, einschließlich der Sozialdemokraten, die Weiterberatung der Gehälter der Bürgermeister verlangen. Die Beratung der Straßenbahnenforderungen soll sofort nach Beendigung dieses Punktes erledigt werden. Nachmals wurde von unserer Fraktion verlangt, die Fraktionsberatung auszuschließen, denn man weiß nicht, wie lange sie noch dauern kann. Die Ausführungen rufen auf der Tribüne lebhaften Beifall hervor. In der Abstimmung wird unser Antrag gegen alle übrigen Parteien abgelehnt.

Das Verhalten des Kollegiums hatte auf der Tribüne lebhafteste Empörung ausgelöst, die sich in Zwischenrufen kundtat. Das veranlaßte den Stadtverordnetenvorsitzer, darauf hinzuweisen, daß wenn nicht Ruhe eintrete, er die Störenfriede entfernen müßte. — Inzwischen ist folgender

Mißtrauensantrag gegen Oberbürgermeister Bührer eingegangen: „Kollegium wolle beschließen: Oberbürgermeister Dr. Bührer besitzt nicht das Vertrauen des Kollegiums.“

Erklärung der kommunistischen Fraktion: Wir stimmen diesem Antrag zu, weil wir gegen Dr. Bührer schon immer das schärfste Mißtrauen haben. Damit wollen wir aber unter keinen Umständen die Haltung des Dr. Bührer publizieren. Unsere Stellung hierzu haben wir am Anfang der Sitzung eindeutig klargestellt. Bei der Abstimmung wurde

der Mißtrauensantrag mit 38 gegen 35 Stimmen angenommen. Nach Erledigung dieses Punktes kommt die Straßenbahnenangelegenheit zur Debatte. Wir bringen darüber morgen ausführlichen Bericht. Angenommen wurde folgender Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen: a) den Vertreter der Straßenbahn im Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden zu beauftragen: 1. seinen Einfluß geltend zu machen, daß der Schiedsspruch über die Arbeitszeit der Straßenbahnen abzuschließen ist, und grundsätzlich nur zuzustimmen, wenn im Schiedsspruch der Auktionsverkauf anerkannt wird, 2. für den Fall der Ablehnung dieser Forderung im Arbeitgeberverband sofort seinen Austritt zu erklären; b) die Regelung über die Arbeitszeit und die sonstigen kritischen Punkte bis zur Entscheidung über die Punkte 1 und 2 örtlich zu treffen.

Nach 1 Uhr Mitternacht wurde die Sitzung geschlossen.

- ### Rundfunk
- Sonabend den 29. Oktober:
- 16-17.25 Uhr: Aus dem Schachklub für die Jugend: Die Köppl und das Kind.
 - 17.30-18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin:
 - 17.30-18 Uhr: Dr. Briels, Professor an der Technischen Hochschule Berlin: „Unternehmertum und Arbeiterfrage“.
 - 18-18.30 Uhr: Studentenzentrum Herbert Müller: Technischer Lehrgang für Facharbeiter: Konstruktionselemente.
 - 18.30-19 Uhr: Uebertragung des Vortrages: Dr. Döhrer: „Rundfunk und Operantio“ von der Großen Dresdner Kunstausschuss (Drelanta).
 - 19-19.30 Uhr: Vortragsreihe: „Olympia“. 1. Vortrag: Hans Gränitz: „Die olympischen Spiele des Altertums“.
 - 19.30-20 Uhr: Vortragsreihe: „Niederdruck und Aufbau in Preußen zu Anfang des 19. Jahrhunderts“ 2. Vortrag: Prof. Dr. Doren: „Die neuen Männer und ihre Reformen“.

Die Wirtschaftspartei und der Birnaer Anzeiger am Pranger

Dohna. Die vom Notauschuss der Stadt Dohna einberufene Einwohnerversammlung war trotz des schlechten Wetters sehr gut besucht. Der Bürgermeister, welcher das erste Mal in einer öffentlichen Versammlung zu sehen war, gab bekannt, aus welchen Gründen die öffentliche Einwohnerversammlung einberufen sei. Ueber die Hochwasserschäden von Dohna konnte man folgende Zahlen notieren: 92 Aufträge sind an Baumeister erteilt worden, 180 Aufträge für Gewerbetreibende, 70 Gelöcher für kostenlose Kredite, 20.000 M. für Schlammbeiseitigung wurden an Hausbesitzer und Mieter, welche den Schlamm aus ihren Grundstücken selbst beiseitigen haben, ausgezahlt. Weiter waren 2000 M. sonstigen Ausgaben, wie Dedon, Eisen, Gelder für Familien, welche keine Kochgelegenheit hatten, usw. Aus all dem konnte man ersehen, daß in Dohna manches geleistet worden ist, und noch dazu in einer Zeit, wo alles drüber und drunterging, und die Regierung voll und ganz versagte. Auch wurde von Herrn Regierungsbaumeister Haase betont, daß alles, was vom Notauschuss berichtet worden ist, der vollen Wahrheit entspricht. Wegen dem Vorbringen des Sitzungsausschusses gab Stadtd. Maßke Bericht und geißelte die Resolution der Wirtschaftspartei. Die kleine Gesellschaft von 15 Mann, welche die Sache in alle Welt verbreitet hat und brieflich zur Einwohnerversammlung eingeladen war, hatte es bezeichnenderweise vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Genosse Köffel führte vor allem nochmals aus, daß es höchste Zeit werde, daß die Regierung auch Dohna Geld zur Verfügung stelle, damit die Befreiung der unteren Stadt, welche beim Hochwasser besonders zu leiden hatte, da Abort- und Brunnenwasser bis in den Keller treten, endlich durchgeführt werden könnte. Eine dringende Notwendigkeit sei auch der Fußweg an der Königstraße, da die Fußgänger, besonders die Schulfinder, ständig in Lebensgefahr schweben. Weiter wurde die Schreibweise des Birnaer Anzeigers nochmals ins richtige Licht gestellt. Arbeiter von Dohna, ihr werdet gesehen haben, was für ein schmutziges und reaktionäres Blatt diese Zeitung ist. Bleibt die Konsequenz und lest eure Zeitung, die Arbeiterstimme!

Dohna. Die Kommunistische Partei, Jugend und KKK rufen zur Revolutionsfeier, zum 10jährigen Bestehen der Sowjetunion. Programme sind bei allen Parteimitgliedern zu haben! Erwachsene 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf. Einwohner Dohnas, besucht die Feier am 6. November recht zahlreich, damit sie zu einer Massenandengung wird. Parole muß sein: Am 6. November alles auf zur Revolutionsfeier ins „Mühlental“!

Ein Reifall der Wirtschaftspartei

Sehnsüchtig. Wie weit die Unzufriedenheit unter den Kleinrentnerkreisen innerhalb der Wirtschaftspartei, auf die doch alle Hoffnungen gesetzt waren, gediehen ist, zeigt eine am Freitag abgehaltene Versammlung. Von der so starken Partei mit über 1100 Wählern waren ganze 70 Männlein erschienen, darunter waren aber auch noch Neustädter! Herr Ahmann, Parteivorsitzender, der als Referent auftrat, glaubte nach langen zu müssen, daß das eine der besten Versammlungen sei, die er in Sachen mit erlebt habe. (Wie mögen da die anderen ausgesehen haben!) Interessant war auch noch, zu hören, daß in ganz Sachsen nur einige Hundert (!) ihrer Zeitung abgelesen werden, wovon Sehnsüchtig allein 60 oder 70 Abonnenten anzuwärmen hätte. (?) Sein Referat erstreckte sich im wesentlichen auf die kommenden neuen Steuern, die natürlich nur die Mittelständler zu zahlen haben, weil der Arbeiter heute steuerfrei ist (ein Hunger Mann!) und der Großkapitalist einfach keine bezahlt. (Ist das was Neues? Was hat aber die Wirtschaftspartei zur Bekämpfung der Kapitalisten außer schönen Reden gemacht?) Ein besonderes Stiefkind war die neue Beamtenbildung, die für Sachsen 35 Millionen Mark ausmachen würde. Die natürlich auch wieder der Kleinrentnerbetreibende aufzubringen hätte. Allein der Umstand, daß wir keinen Volksstaat, sondern einen Sozialstaat hätten, bedeutete den Untergang des Mittelstandes. Was Herr Ahmann besonders als Uebel und Gefahr für keine Freunde hielt, ist die zunehmende Radikalisierung der Beamten und besonders der Polizei. (Das glauben wir gern!) Ebenso ist das Verhalten der Schulmeister, wie der Herr die Lehrerstadt nannte, als Terror (!) aufzufassen, wenn sich diese Leute erlauben, in der Frage des Reichsschulgesetzentwurfes eine Versammlung anzuleiten, Kindern die Einreden in die Hände drücken und letzten Endes noch einseitige Reden (hu! hu!) zu halten. Ohne Delegation gibt es keinen brauchbaren Staatsbürger.“ Wer der Meinung ist, daß Herr Ahmann stets Idealist sein will, so auch Herr A. Das Bewußtsein, seine armen Mittelständler in Not und Elend zu lassen, hinderte ihn aber nicht daran, an dem Festessen teilzunehmen, das die Regierung in Sachen bei der Grundsteinlegung des Botanikmuseums veranstaltete. (Wer hat das zu bezahlen?) Für alle diese Mißstände hatte Herr A. ein „Allheilmittel“: die Wirtschaftspartei zu härten. (Einer Schwindsüchtigen ist aber nicht zu helfen.) Daß die anwesenden Handwerksmeister, Arbeiter und Mittelständler aufs höchste empört und unzufrieden waren, ging aus der Diskussion klar hervor. So wurde u. a. verlangt, endlich mit dem Knüttel auf die Straßen zu marschieren und so die Forderungen des Mittelstandes durchzusetzen! Genossen D. war es nicht schwer, in der Diskussion zu zeigen, daß es nicht genügt, in Versammlungen auf das Großkapital zu schimpfen und im Parlament Hand in Hand mit den Vertretern des Großkapitals zu gehen und Befehle zu schaffen, die die Arbeiter und den Mittelstand belasten. In mehreren Beispielen zeigten wir das zweifelhafte, doppelzüngige Gesicht der Wirtschaftspartei im Parlament, die in allen Fragen mit den bürgerlichen Parteien zusammengeht und selbst nichts anderes ist. Schatz kennzeichnete unter Redner den sogenannten „Sozialhaas“, wo man ehemaligen fürstlichen Wärfreien ungeheure Summen nachwirft, wo man aber Mütter, die ihren Staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen, verbüßern läßt. Auch stellte er die „soziale“ Beamtenbildungsordnung ins richtige Licht. Daß die Wirtschaftspartei zum großen Teil erkannt hat, daß sie nur als Stimmvieh von den bürgerlichen Parteien gebraucht wird, ist für uns eine erfreuliche Tatsache. Das Schicksal war ein einziges Gefammel. Hatte die WPP vergebens auf Erfolg gerechnet, so haben wir zu verzeichnen, daß ein Handwerksmeister gleich um Aufnahme in die SPD nachgesucht hat! Andere boten um Zeitungen usw., wovon wir auch keinen Gebrauch machen werden. Auch die kleinen Gewerbetreibenden, Beamten, Handwerksmeister usw. erkennen langsam, daß ihre Interessen nur von der Kommunistischen Partei vertreten werden.

Ein sozialdemokratischer Mutterbetrieb

Sehnsüchtig ist Hochburg der SPD. Seit Anfang dieses Jahres befindet sich nun das Elektrizitätswerk in städtischer Regie. Dieser Betrieb hat schon sehr oft das Karriell beschäftigt. Trotz dem der Betrieb dem Wirtschaftsausschuss untersteht, in dem wie im Kollegium und Rat die SPD die absolute Mehrheit hat, schlichen sich die Verantwortlichen nicht hemmten, eine Änderung des Krisisverfahrens vorzunehmen. Im Betrieb werden beschäftigt: 4 Elektrotechniker, von denen nur einer die Gehilfenprüfung gemacht hat, daneben aber 5 Lehrlinge 2 Volontäre und ein kaufmännischer Lehrling! Grenz das beinahe nicht an — Lehrlingszuchterei? Sollte aus diesem Grunde das Elektrizitätswerk bei Vergebung von städtischen Arbeiten die niedrigsten Angebote machen können? Dazu kommt noch, daß die geleiteten

Metallarbeiter nicht nach ihrem Tarif, sondern nach dem der Staats- und Gemeindearbeiter, der der niedrigste ist, entlohnt werden. So sieht die Praxis der „allgemeinherrschenden Theorie“ aus! Dieses Beispiel zeigt eben, daß bei den Sozialdemokraten Theorie und Praxis zweierlei ist. Wir sind schon immer dafür eingetreten, daß in den sich in städtischer Regie befindlichen Betrieben die Forderungen der Arbeiterklasse verwirklicht werden, da doch diese Betriebe nicht Profit abwerfen können, der ja letzten Endes nur aus den Wertigkeiten erprobt würde.

Sehnsüchtig. Das dritte Wiederholungskonzert des toten Geigers Soemus war wiederum überfüllt. Das zeigt, welche große Sympathie diese Veranstaltungen bei der bürgerlichen Arbeitererschaft sich erworben haben. Für das gute Spiel wurde Soemus ein prachtvolles Geschenk — ein Nord funktischer Blumen — überreicht. Eine Festsammlung für die Kinderheimen brachte die ansehnliche Summe von 175 Mark und 35 tschechische Kronen. Hoffentlich folgen bald weitere Veranstaltungen in diesem Sinne!

„WIR LASSEN IN DER STUNDE DER GEFAHR DAS WATERLAND NICHT IM STICH“

erklärte die SPD am 4. August 1914 im Reichstag!



TRETET EIN IN DIE K. P. D.

Werdet Leser der Arbeiterstimme

Internationale Verbrüderung

Paula. Trefflich sind die Ergebnisse einer jüngeren Esperanto-Korrespondenz zwischen der KKK-Gruppe Paula und einer kommunistischen Jugendzelle in Kiew (Ukraine). Sie verdienen, der kassenbewußten Arbeitererschaft bekanntgemacht zu werden. Der erste große Erfolg unserer gegenseitigen Briefwechsels war die pünktliche, fast unerwartete Ankunft der Röhre unserer russischen Jugendgenossen im April dieses Jahres. Die Freude und Begeisterung unserer Kameraden und der Stolz unseres Fahnenträgers waren unbeschreiblich. Zum 1. Mai marschieren wir mit der russischen Röhre und der Schalmeientabelle an der Spitze des gemeinsamen Demonstrationsszuges. Auch bitten unsere Esperantogenossen zwischen dem Sport- u. Kulturartell Paula (bezeichnenderweise verweigerten SPD und SAJ die Unterschrift) und der Arbeitererschaft von Sverdlooff (Ural) einen Mailgruß-Austausch vermittelt, welcher das Gepräge der internationalen Verbrüderung noch erhöht. Unsere „schwermütigen sozialdemokratischen Häupter“ war dieses derartig in die Glieder gefahren, daß sie bis heute tuscheln über ähnliche gemeinsame Veranstaltungen (siehe Volksstimme) hinterzerrhen haben.

Die von uns abgeschickte, gutausgestattete KKK-Fahne hatte bei unseren russischen Brüdern den Erfolg, daß eine ganze An-

Ein Wohnungsstandal

Liebethal. Unter der Wohnungsnot leiden alle Gemeinden, ganz gleich ob Stadt- oder Landgemeinden. Die Forderung der Mieterrechtsgebung stellt zweifellos manche Gemeinde vor schwer zu erfüllende Aufgaben. Doch die Möglichkeiten zur Milderung des Wohnungsnotens werden nirgends voll ausgenutzt. Anstatt bestrebt zu sein, nur allen in Geburde stehenden Mitteln gegen die Wohnungsnot und das Wohnungsnotens anzukämpfen, für deren Verrückung mit Sorge zu tragen, wird mit den unangelegenen Mitteln gearbeitet, die das Wohnungsnotens vermehren. Ein solcher Fall spielt sich jetzt in der Landgemeinde Liebethal ab.

Durch Urteil des Mietrichters Pirna wurde ein Arbeiter durch Zwangsäumung auf die Straße geworfen. Der Herr Bürgermeister sand zunächst keine andere Unterkunft als die Garderobe des Garkohls! Doch konnte dies nur für einige Tage in Frage kommen. Anstatt nun sofort eine Wohnung zu beschaffen, wurde bei einem im Gemeindefunktionär — ehemaligen Kassenkellner — wohnenden Arbeiter eine Kammer von 8 Quadratmeter (!) Wohnfläche ohne Ofen (!) und ohne alles Zubehör mit weggenommen, ohne jede geistliche Grundlage. Obwohl der Arbeiter nur eine Etage von 16 Quadratmeter, obwohl die Kammer nur 12 Quadratmeter, eine Küche von 4 Quadratmeter und die genannte Kammer von 8 Quadratmeter inne hat

10 Jahre Sowjetrußland Revolutionsfeiern

Roschwitz: 29. Oktober, Galkhof Niederporitz, 19.30 Uhr
Heidenau: 31. Oktober, Schützenhaus, 19 Uhr
Reichenberg: 4. November, Galkhof Reichenberg, 19.30 Uhr
Wagau: 4. November, Bürgergarten, 19.30 Uhr
Großdurlau: 5. November, Bernhard Galkhof, 19.30 Uhr
Aurich: 5. November, Galkhof Rositz, 19.30 Uhr
Wertsdorf: 5. November, Bahnhofrestaurant, 19.30 Uhr
Ottendorf-Okrilla: 5. Nov., Galkhof Hirsch, 19.30 Uhr
Dresden: 6. November, Zirkus Sarrasin, 9.30 Uhr
Pirna: 6. November, Volkshaus, 19.30 Uhr
Dohna: 6. November, Galkhof, 19 Uhr
Großdorsdorf: „Nov., Galkhof vom Unter, 19.30 Uhr
Freiberg: 7. November, Schwarzes Roth, 19.30 Uhr
Freital: 7. November, Goldener Vögel, 19.30 Uhr
Neubau-Niederjeddig: 11. November, Galkhof Reuben

zahl von ihnen sofort Mitglieder unserer Gruppe werden wollten. Bis jetzt haben 12 Genossen die Aufnahmebewerber ausgefüllt zurückgeschickt. Weitere sollen folgen. Prospektien erhielten wir die Einladung, eine Delegation zum 10. Jahrestag zu ihnen zu senden. In derselben teilen sie mit, daß sie durch Sammlungen in der Lage sind, für zwei Kameraden die Hin- und Rückfahrt, sowie die Verpflegung zu vergüten.

Eine zwei Mann hatte Delegation rüht sich nun, der Einladung Folge zu leisten, und wird in den ersten Novembertagen abreisen. Ueber der KKK-Gruppe erhielt auch die Arbeiter- Esperanto-(Sach-)Gruppe eine Notice von den Eisenbahner Sverdlooff als Geschenk. Um nun den russischen Genossen auch eine Freude zu machen, werden diese zum 1. Mai 1928 ebenfalls überraschend eine Notice nach Sverdlooff senden.

Zweifellos ist durch den Austausch der Symbole, sowie der gegenseitigen Meinungen in der eigentlichen Korrespondenz auch eine innige, innere Verbrüderung der beteiligten Organisationen entstanden, welche besonders bei der Zeit der erbitterten Kriegesgefahr und der damit im Zusammenhang stehenden verstärkten Kassenbewehrung aller revolutionären, einschließlich sozialdemokratischen Kreise. Das Prinzip der Entz. (nationaler Weltbünd) Esperantisten, das Esperanto den Intellektuellen des Klassenbewußten, als weltlichen Proletariats dienlich zu machen, muß hier als gelungen bezeichnet werden. Unseren Paulaner Kameraden und Genossen wird dies ein Ansporn sein, unermüdet für unsere Partei und Presse zu wirken! Die hier herzu gut ist, zeigt uns die Tatsache, daß es einigen Genossen gelang, in wenigen Tagen die Abonnentenzahl um 30 Prozent zu erhöhen, sowie mehrere Neuzugänge für die Partei zu machen.

Kadebul. Auf Veranlassung der letzten Versammlung der Delegierten zum Arbeiterkulturartell Kadebul findet am Freitag dem 28. Oktober 1927, 19.30 Uhr, in der Turnhalle der Schillerschule eine öffentliche Kundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf statt. Als Sprecher ist Lehrer Arenzel, Dresden, bestellt. Da im Kulturartell sämtliche örtlichen Arbeiterorganisationen zusammengeschlossen sind, kann eine wichtige Kundgebung gegen die schwarze Geißel in der deutschen Schule erwartet werden.

Der gute Zweck

In einem Dorfe in der Nähe Pirna hat der Pfarrer neben seinem sonstigen Einkommen auch noch Feld, Wiege und Obstgärten, also ein sogenanntes Pfarrgut. Und weil so ein Landpfarrer nicht soviel Zeitverteilung hat, so bestellt er sein Gut teils selbst mit nützlichem Bestande versehen, berichtet er seine Arbeit. Eines Tages fährt er Jauch. Auf einem Schiedhof hat er seinen Jäger stehen. Da löst ein Beförderungsmittel außer den zwei Reizen des Schieders nur ein Rad hat, kommt es vor, daß die Geschwindigkeit ins Wanken kommt. Da gibt es selbstverständlich Verluste unterwegs. Es kann auch vorkommen, daß der zweibeinige Motor einen Schwachs abbekommt. Jedenfalls bei unserem Pastorchen war es so. In seiner unmittelbaren Nähe befindet sich das Heldendenkmal. Vor vierzehn Tagen hatten die Stahlhelden einen großen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife niedergelegt. Unter Pastor, kurz entschlossen, nimmt den Kranz mit dem Widmung, legt ihn auf den Jauchebauer, er pakt auch wie dazu gemacht. Das Schwere hatte jetzt ein Ende. Ja, unsere Pastoren sind doch wohl teils denkende Leute.

Pirna. Der Ortsauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Amtshauptmannschaft Pirna hat den auch hier bereits bekannten Festler Physiker Dr. Stadthagen zu mehreren Experimentvorlesungen gewonnen. Die Vorlesungen finden statt am Montag dem 28. November im Feuertempel Leubau, am Dienstag dem 29. November im Schützenhaus Heidenau und am Mittwoch dem 30. November im Volkshaus Pirna. Wir weisen schon heute auf diese Veranstaltungen hin und bitten die übrigen Arbeiterorganisationen, bei ihnen Dispositionen darauf Rüksicht zu nehmen. Karten à 60 Pf. sind zu haben bei den Vorständen der Arbeiter- und Anschließenden Gewerkschaften.

Tödtlich verunglückt

Reußen. Am Dienstagabend wurde der 32 Jahre alte Fabrikarbeiter Schläger aus Crostau auf der Neusalzener Straße, als er auf seinem Fahrrad heimwärts fuhr, von einem Kraftwagen angefahren und in den Straßengraben geschleudert. Er wurde bewußtlos aufgefunden und nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, wo er an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben ist.

bei einer vierköpfigen Familie, könnte sich der Bürgermeister nicht um diese Kammer wegmachen! Ja, wenn ich's um Proleten handelt, da ist der Herr Bürgermeister hart, da will er die Geleite allein in- und auswendig kennen, da wird alles mögliche und unmögliche zusammengetrieben.

Der Herr Bürgermeister findet angeblich keine andere Wohnung und ihm die große Koffage der Gemeinde ist. Nun, wir wollen dem Herrn Bürgermeister einige zu beschlagnehmende Wohnungen für Unterbringung Wohnungsuchender benennen. Da sind 4. F. im Pfarrhaus mindestens zwei Wohnungen zu beschaffen. Der „betulene Diener Christi“ — wie sich die Pfaffen immer so hübenholl nennen — als guter Hirte seiner Herde, zu der ja auch der Herr Bürgermeister sich rechnet, wird nachsicht der „großen Koffage der Gemeinde“ über zwei Wohnungen abgeben für die Weimden der Armen, aber besteht hier auch Raummanagel? Dann sind noch drei vollständige Wohnungen bei Pandurwitten vorhanden, die immer an Sommerfrühler für schweres Geld vermietet werden, die aber merklicherweise der Herr Bürgermeister als „Gewerberäume“ bezeichnet.

Gegen die widerrechtliche Wegnahme der Kammer hat der Arbeiter bei der Amtshauptmannschaft Beschwerde erhoben. Trotz wiederholter Vorstellungen bei derselben bis jetzt ohne Erfolg. Will der Amtshauptmann die Maßnahmen des Bürgermeisters durch Nichteingreifen beden?

Um dem Unrecht noch die Krone aufzusetzen, hat der Bürgermeister dem Arbeiter die Kammer gestündigt. Die Kündigung wurde aber zurückgewiesen. Der Wohnungsausschuss scheint für den Bürgermeister gar nicht zu bestehen, bis jetzt ist er von dem Sachverhalt noch nicht in Kenntnis gesetzt, eine Sitzung trotz Vorstellungsverhalten noch nicht einberufen worden. Trotzdem soll die Kammungslage durchgeführt werden, da angeblich die Kammer nicht unter Mietrecht fällt.

Ein besonderes Kapitel bietet die Mietpreisfestlegung der Wohnung durch die Gemeinde. Ursprünglich folgte die Wohnung ohne der weggewonnenen Kammer 100 RM Friedensmiete, also für 36 Quadratmeter Wohnfläche. Für die Kammer von 8 Quadratmeter Wohnfläche verlangt die Gemeinde 50 RM, also für den Quadratmeter 6.25 RM.

So sieht die Wohnungslage der Gemeinde Liebethal aus. Einer Arbeiterfamilie Wohnräume wegzunehmen, noch dazu wo die Frau schwer kranken und berstrent ist, vier Personen in einer Kammer zusammenzupferchen, so daß nicht einmal die Betten gemacht werden können, das nennt man: Wohnungs-politik! Wie lange wollen sich die Arbeiter dies noch gefallen lassen?

Turnspiele

Kassball, 30. Oktober.

Strießen 1-Seiffhennersdorf 1. Obwohl Str. nicht mehr auf der alten Höhe ist, werden sie den Seiffhennersdorfern das Nachsehen geben (7).
Friedrichstadt 1-Pfeiferw 1. Hier magt sich P. aber sehr viel, was dabei herauskommt, wird mit Spannung erwartet. (14,30).
Cotta 1 fährt nach Leipzig und spielt gegen Engelsdorf. Es ist eine fährende Mannschaft des Leipziger Bezirks, die keine Vorbeugen ernten können.
Untere Mannschaften: Strießen 2-Seiffhennersdorf 2 (?); Cotta 2-Wachau 2 (9,30); Friedrichst. 2-Königsh. 2 (9).
Jugend: Köstau 2-Dölschen 1 (16); Köbnitz 1-DEB 1 (10); Köstau 2-Keid 2 (12,30); Strießen-Seiffhennersdorf 1 (7).
Schüler: Cotta 1-Birtigt 1 (?); Viehchen 1-Köstau 1 (10); Friedrichst. 1-Viehchen 1 (10).
Fussball: Köstau 2-Langebrück (13,30); Köstau 2-Kleinröder 2 (15,30); Köstau 2-Königsh. 2 (14,30).
Handball: Radeberg 2-Gittersee 1 (15).
Kassball, 31. Oktober.
Nippin 1-Schwimmer-Alt 1. N. wird keinen schweren Stand haben (10).
Friedrichst. 1-Niederhöllich 1. N. muß viel Eifer an den Tag legen, denn R. ist eine spielstarke Mannschaft (15).
Untere Mannschaften: Nippin 2-Niederhöllich 2 (10); Friedrichst. 2-Altstadt 2 (14,30); Wellshaus 2-Lungwitz 2 (14); Viehchen 2-1885 3 (11).
Spielerinnen: Köstau 1-1885 1 (14).
Jugend: Köstau 1-Deuben 1 (14).
Serienispiele
Kassball, 30. Oktober.
Cunnersdorf 1-Röhlig 1. C. ist jetzt gut in Schwung; R. hat eine harte Nuss zu knaden (16).
Röhlig 1-Dennig 1. R. hat sich in dieser Runde sehr gut in die Höhe gearbeitet, darum ist R. leid auf der Hut (16).
Köbnitzbroda 1-Friedrichst. 1. Wieder wird R. 2 Punkte opfern müssen (15).
Jugend: Altstadt 1-Ottendorf 1 (11); Cunnersdorf 1-Röhlig 2 (15); Köbnitz 1-Viehchen 2 (15).
Spielerinnen: Friedrichst. 1-Röhlig 2 (16); Keid 1-Röhlig 1 (10).
Kassball, 31. Oktober.
Cunnersdorf 1-Keid 1. Ein sehr interessanter Kampf ist vorauszusetzen, denn beide sind fast gleichwertig (15).
Untere Mannschaften: Altstadt 2-Viehchen 3 (10); Friedrichst. 2-1885 2 (14); Ottendorf 2-Wiechendorf 1 (11); Köstau 2-Wachau 1 (10).
Jugend: Altstadt 1-Strießen 1 (9); Köstau 1-Röhlig 1 (11); Cunnersdorf 1-Keid 1 (14); Viehchen 2-Viehchen 3 (9 Uhr).
Spielerinnen: Altstadt 1-Friedrichst. 1 (10); Köstau 2-DEB 1 (9).
Die Funktionärsmannschaft spielt in folgender Aufstellung am 31. Oktober: 11 Uhr in Döhlen gegen die Funktionäre des 9. Bezirkes, Mies, Hahn, Hausmann, Lohmann, Uhlig, Hauer, Köhnitz, Gersdorf, Drechsel. Treffpunkt 12,45 Uhr Halle der Strohachalmstraße 22, Habsburgerstraße.
Achtung! Verlegerkammer! Telefonzentrale ist Montag den 31. Oktober (Reformationstag) 17 bis 19 Uhr geöffnet. Anruf 19 788.
Nachtrag. Jittau 1 kommt nach hier und spielt Sonntag gegen Keid 1 (10) und Montag gegen Köstau 1 (15); in beiden Spielen werden sie kaum gefährlich werden, denn Keid sowie Köstau befinden sich in sehr guter Verfassung.

3. Bezirk, Turnspiele-Vorhau.

Sonntag den 30. Oktober, Kassball:

Tharandt 1-Niederhöllich 15. T. ist jetzt gut in Schwung, wird R. eine schwere Nuss zu knaden geben. Auf den Sieger ist man gespannt (14).
Birtigt 1-Radebeul 1. R. ist gut, doch gegen die starken B. werden sie wohl das Nachsehen haben (15).
Cohmannsdorf 1-Altstadt 1. C. muß sich zusammenreißen, denn A. ist eine starke Mannschaft. Ein harter Kampf ist zu erwarten (15).
Gittersee 1-Döhlen 1. D. in Form, wird sich den Sieg nicht nehmen lassen, doch G. wird einen Widerstand leisten (9,30).
Untere Mannschaften: Tharandt 2-Pfeiferw 2 (13,30); Tharandt 2-DEB 1 (15).
Jugend: Birtigt 1-Köstau 1 (11), Fritschkappel 1-Niederhöllich 1 (14), Gittersee 2-Bannwitz 2 (8,30), Ludw. 2-Burg 1 (11).
Schüler: Gittersee 1 u. 2-Köstau 1 u. 2 (?), Fritschkappel 1-Niederhöllich 1 (16), Ludw. 1-Burg 1 (10).
Tharandt 1-Pfeiferw 1 (13).
Fussball: Weichig 2-Deuben 2 (14).
Trommelball: Weichig 1-Birtigt 1 (15).
Montag den 31. Oktober, Kassball:
Niederhöllich 15-Niederpfeiferw 1. Pfeiferw, eine eifrige Mannschaft, wird sich dem besseren Können von N. beugen müssen (10).
Cohmannsdorf 1-Weichig 1. W. wäre mehr Ruhe zu empfehlen, denn Spiele abbrechen ist nicht fördernd für unsere Spielbewegung. C. erwartet man als Sieger (10).
Birtigt 2-Niederhöllich 3 (10).
Jugend: Tharandt 1 u. 2-Heidenau 1 u. 2 (9-11), Gittersee 2-Dölschen 2 (10).
Schüler: Niederhöllich 1-Niederpfeiferw 1 (11).
Kassball:
Turnspiele. Montag den 31. Oktober in Döhlen: Bezirksmeisterchaftsspiel.
Niederhöllich 1-Pfeiferw 1 (15 Uhr). Vorher Funktionäre 2 gegen 2. Bezirk, Pfeiferw als Reuling der 1. Klasse hat sich sehr gut eingeführt und brachte es mit Glück und Eifer zum Meister der B-Gruppe, sämtliche Favoriten mußten gegen ihn Gras beißen. Bistlich als Meister der A-Gruppe ist so hinreichend bekannt, welche man auch als Sieger erwartet. Doch kann es auch leicht eine Ueberraschung geben, denn B. hat gegen starke Gegner immer gutes Können gezeigt. Also muß sich D. in acht nehmen, denn B. wird alles aufbieten, so daß mit einem interessanten Spiel zu rechnen ist.
Vorher findet das Funktionärspiel 9. gegen 2. Bezirk statt. Die Funktionäre, welche sonst immer am grünen Tisch spielen, wollen hier den Interessierten zeigen, daß auch sie praktisch spielen können. Wer als Sieger hervorgeht ist unbestimmt. Ein Besuch dieser Spiele ist zu empfehlen.

Verichtshilf.

Verichtshilf. Bezirkslehrstätte. Am 30. November 1927 beginnt ein Kursus für fortgeschrittene Sportwart, Halle 6, Volkshaus Ebelichstraße 1, Nähe Wettinerplatz. Beginn 7 Uhr, 27. Oktober, 1930 Uhr, Dresdner Volkshaus; Technische Ausbildung.
Volksgesundheit, Dresden-Neustadt u. Umg. 29. Okt. Sonnabend, im großen Saale zum Reichsbanner Herbstfest, brisierend in ernsten und heiteren Vorträgen, ausgeführt von der Dramat. Abteilung Dr. West und Tanz. Karte nur 40 Pf., bei allen Vorstandsmitgliedern erhältlich. Einlaß 6 Uhr, Beginn 7 Uhr. — 3. Nov. Beginn des Amungskursus 19 Uhr in der Schulturnhalle 30, Volkshaus, Windmühlstr. 12. — 13. Nov. 14 Uhr, am Waldhölzchen Verteilung der Parzellen für unsere Kolonisten.
Rebber-Radfahrerband „Solidarität“, Ortsgruppe Leubnitz, Rebber, Sonnabend, 29. Oktober, findet unsere Generalversammlung statt. Anfang 19,30 Uhr im Königshof

Fußballsport

Sonntag den 30. Oktober:

Kamenz 1-Fortschritt 1. Beide pflegen gleiche Spielweise. Ein vorzügliches Spiel ist garantiert (14).
Sörnewitz 1-Radebeul 1. Wenn R. wieder unvollständig antritt, ist auf fremden Platz nichts zu gewinnen (14).
Neustadt 1-Friedrichst. 1. R. in Absteigegedank — 2. Aufstiegscandidat, ein interessantes Experiment. Der Ausgang des Treffens ist offen (14).
Radebeul 1-Chemnitz-Borna 1 (Reformationstag). Chemnitz Gäste konnten in Dresden immer sehr gefallen. Die Bornaer spielen flott und ungenügend. Besonders durch ihre Schnelligkeit können sie den besten Gegnern gefährlich werden (14).
Cotta 1-01 1. Das Wählrechtsdebat der Ober in der ersten Klasse. C. möge durch verhaltenes Spiel der Situation Rechnung tragen (14).
1885 1-Dohna 1. Auf eigenem Platz kann 1885 in Front bleiben (14).
Köbnitzbroda 1-Ottendorf 1 (?).
Montag den 31. Oktober:
Großröder 1-Fortschritt 1. Die Großröderer schreiten schon gegen schwere Gegner sehr gut ab (?).
09 1-Radeberg 1. Einmal gelang den Rädern ein ehrenvolles Ergebnis. Man kann auch diesmal auf das Ende gespannt sein (14).
Köbnitzbroda 1-Coswig 1. Ein offenes Treffen (14).
Untere Klassen. Sonntag: Weizdorf 1-Helios 3 (15).
Strießen 1-Heidenau 2 (14). Pfeiferw-Cohmannsdorf (14).
Ludwig 1-Nachwitz 2 (14). Birtigt 3-Döhlen 1 (13,30).
Kretschka 2-Birtigt 2 (14). Köhnen 2-Birtigt WM (15,30).
Ludwig 2-Großröder 2 (13,30). Eintracht 2-Schwepnitz 1 (13).
Königsberg 1-Heidenau 1 (11,30). Burgwitz 1-Pfeiferw 1 (14).
Neustadt 2-Eintracht 2 (10). Neustadt 3-02 3 (11,30).
Montag: Moritzburg 1-Weizdorf 1 (14). Heidenau 1-Pfischkappel 4 (14). 09 3-Bauhinig 1 (15).
Neustadt 2-Eid 1 (14). Neustadt WM-Deuben WM (10).
Jugend. Radeberg 1-Jittau 1 (13,30). Radeberg 2-Moritzburg 1 (12,30). Neustadt 1-Helios 1 (8,30).
Knaben. Neustadt 1-Viehchen 1 (10). Radeberg 1-Köstau 1 (13,30). Radeberg 2-DEB 2 (15).
Verichtshilf! Jahreshauptversammlung 10. 12. 18,30 Uhr im Volkshaus, Zimmer 3. Erscheinen müssen alle Vereine, auch die der Außenzone. Gänge sind von den Delegierten vorzulegen. Anträge bis spätestens 25. 11. an die Bezirksleitung. Tagesordnung: Anwesenheit, Wahl der Leitung, Bericht des Ausschusses, Anträge, Wahlen, Allgemeines.
Am 12. Cunnersdorf. Vollversammlung heute fällt aus. Dafür Montag diesjährige Generalversammlung 14 Uhr Prinzehöhe. Rückständige Gelder bis dahin abrechnen. Alle erscheinen!
Fußballabteilung Radeberg. Heute Freitag 20 Uhr in der Reichskrone Versammlung.

Bezirk Oberlausitz

Vorhau.

Sonntags. Das bereits angelegte Spiel Jittau 1-Warnsdorf 1 kommt diesmal zum Austrag. Die Gäste werden die heutige Spielfähigkeit der 3. Spüren. (10 Uhr).
Jittau 2-Warnsdorf 2 (8,30); Jittau WM-Seiffhennersdorf 1 (8,30).
Das neu angelegte Serienpiel Großhennersdorf 1-Jittau 2 wird in Oberseifersdorf ausgetragen (14).
Jittau 1. Jgd.-Radeberg 1. Jgd. (13,30) in Radeberg; Jittau 2. Jgd.-Heidenau 2. Jgd. (11) in Heidenau; Warnsdorf 1-Warnsdorf 1 (14); Warnsdorf 1. Jgd.-Rumburg 1. Jgd. (13); Bauhen 2-Kamenz 2 (13,30); Bauhen 3-Wiehchen 2 (15); Oberdörsch 1. Jgd.-Köstau 1. Jgd.
Montags. Jittau 1. Jgd.-Köbnitz 1. Jgd.; VSK Köstau Funktionäre-VSK 2 (9,30).
Klar zur Entscheidung
um die Meisterschaft liegen die Verhältnisse im Leipziger Fußballbezirk. In 4 Gruppen spielten 28 erstklassige Mannschaften um die Berechtigung, als Gruppenmeister in die engere Meisterschaftsrunde zu kommen. Zur Klärung sei gesagt, daß der Fußballbezirk Leipzig 8100 Angehörige aufweist, also mehr als mancher Kreis, und die Organisation des Serienpielbetriebes an Umfang und Feinschichtigkeit gewaltige Idealarbeit beansprucht. — Das Wichtigste ist, daß es dem alten Bundesmeister Leipzig-Städter (WV Südost), der im Vorjahr auf die Teilnahme um die Bezirksmeisterschaft verzichtete, diesmal nicht zum Gruppenmeister langte. Er mußte die Eintracht, Wahren, überlassen, einer Mannschaft, die vor 2 Jahren aus der 2. Klasse in Schönow, 1926 noch in der 2. Klasse, hielt sich in diesem Jahr als nächster Gruppenmeister in der 1. Klasse vor. Von den 4 Kampfschritten es nur der 2. Turnerschaft Leipzig-Kind und West 03 zu Meisterehren. An den nächsten Sonntag fallen zwischen den 4 Bewerbern die Entscheidungen um Bezirksmeisterschaft.

Am 30. Oktober findet der entscheidende Kampf um Vorherrschaft im österrheischen Arbeiterfußballsport zu den Auswahlmannschaften der Unterverbände des Bezirkes der Amateurluftballvereine Osterrheins (Süd): Wien, Niederösterreich. Die bisherigen Erfolge beider Verbände lassen ein ganz probatantes Spiel erwarten. W bezwang die spielstarke russische Ländermannschaft erstmalig hat Deutschland und den Aufsteiger Verband (Tschekoslowakei). Niederösterreich spielte gegen die spielstarke Samannschaft unentschieden und gewann auf einer Wetzpie in Rußland gegen Auswahlmannschaften die Mehrzahl Spiele.

Freitag. Die VSK ladet alle Parteigenossinnen und -genossen zu dem im Gasthof Birtigt zugunsten des Kinderheimes findenden oberlausitzischen Tanzabend ein. Beginn 18 Uhr 18,30 Uhr und 21 Uhr oberlausitzische Tänze.
Braunsdorf. Öffentliche Versammlung im Nebenhof, 9 Uhr.
Kommunistischer Jugendverband
Bezirk Ostböhmen. Alle Gruppen bereiten die Bezirksorgane vor, die am 19. und 20. November in Dresden stattfinden. Verloren: Mitgliedsbucher 33 162 (ausgestrichelt am 3. 2. und 33 156. Beide Bücher werden hiermit für ungültig erklärt.
Sonnabend den 28. Oktober:
Pirna. Treffen zum Abmarsch nach Struppen 18,30 Uhr Volkshaus Pirna.
Niederpfortitz. Feier des 10jährigen Bestehens der U. Alle Genossen stellen 18 Uhr beim Genossen Berger in Heilsfeldung.
Jung-Spartakus-Bund
Sonntag, den 30. Oktober:
Südwest. Alle Pioniere müssen 9 Uhr im Luftbad Cotta Hausagitation erscheinen.
Montag den 31. Oktober:
Südwest. 14 Uhr Versammlung im Luftbad Cotta, Pioniertruppen ist Pflicht.

Arbeiter-Radfahrer, Ortsgruppe Planenscher Grund und Umg. Sonntag den 30. Oktober im Rehdorf, Gittersee, abends Mitgliederveranstaltungen.
Verein für volkswirtschaftlichen Wassersport, Hauptvereinsjugend. Der Bunte Abend am 29. Oktober fällt zugunsten der Zweitagestouren aus. Jugendabteilung Altstadt-Ost am 30. 31. Okt. Zweitagestour in die Sächsl. Schweiz (Hohnstein-Jäcklein). Treffen Hauptbahnhof Kuppelhalle 5,15 Uhr. Unkosten 2,50 M.
Deutscher Arbeiter-Radfahrerband, Ortsgruppe Groß-Deutzen. Sonnabend den 29. Oktober: Empfang der beiden Stadtmannschaften von Tue. Es ist Pflicht aller Sportgenossen, zu erscheinen. Treffen 18,45 Uhr Hauptbahnhof, Kuppelhalle. Nach dem Unterhaltungsabend im Kaiserlicher Trachau. Nur Sonnabend besteht für alle Klubs Spielverbot. — Sonntag den 30. Oktober, 9 Uhr: Städtewettkampf Tue 1-Dresden 1 im Bürgerhof, Viehchen; Tue 2-Dresden 2 im Kaiserlicher Trachau.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Radeberg & U.
Dienstag den 1. November, 18,30 Uhr im Mädchenklubsaal Beginn des neuen
Lehrkursus
über erste Hilfe und Hauskrankenpflege
unter der ärztlichen Leitung des Herrn Dr. med. Diehe.
Anmeldungen nehmen alle Mitglieder entgegen. Um rege Beteiligung bittet
Der Gesamtvorstand.

Berufungsverzeichnis

Kommunistische Partei
Von den bisher vertriebenen Programmen 10 Jahre U.S.S.R. sind sofort Kaufhallen abzulösen. Das Komitee.
Parteiaktionen vom roten Preisfestag die irtümlich in andere Abteilungen gekommen sind, müssen sofort beim Genossen Zinke, Erlenträge 3, abgegeben werden.
Stadtteil 2. Sämtliche Zeilen Material beim Stadtleitungsleiter sofort abholen.
Freitag den 28. Oktober:
Arbeitsgebiet Leuben. Die heutige Versammlung findet nicht im Jugendheim, sondern im Gasthof Leuben, Vereinszimmer, statt.
Pirna. Die am Mittwoch angefallene Parteiarbeiterkonferenz findet heute 19,30 Uhr im Volkshaus statt.
Heidenau. 19 Uhr Mitgliederversammlung im Café Schwabe.
Sonnabend den 29. Oktober:
Stadtteil 2. Parteiarbeiterversammlung im Restaurant Schulgut, Jägerstraße. Beginn 19,30 Uhr.
Stadtteil 4, Strahnenstraße 4. 19,30 Uhr Versammlung bei Schimm. An der Dreikönigskirche.
Köbnitzbroda. 19,30 Uhr Ortsgruppenversammlung im Restaurant Kaiserbräuerei.
Freital. 19 Uhr Kompartenieren im Kinderheim der VSK. „Grundständige Haltung zur Haushaltsplanänderung.“ Ref.: Stadtorbneider Lade.
Strahnenjessen Frauen und Colch. 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Knäfel. Ede Wiener- und Aielmannseggstraße. Bericht vom Parteiparteitag.
Wittenberg. 19,30 Uhr Mitgliederversammlung.
Rottwerndorf. 19,30 Uhr öffentliche Versammlung im Bahnhofrestaurant. Ref.: Reichstagsabgeordneter Siegr. Hädel.
Seiffhennersdorf. 19,30 Uhr im Rest. Zur Kanone Mitgliederversammlung.
Sonntag, den 30. Oktober:
Schönow. Sebnitz. Gemeindevorsteher-Konferenz im Reich Reichels Restaurant, Schönow, Sebnitzer Straße. Beginn 19 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Steuerpolitik des Reichs, Bezirks und der Gemeinden. 2. Das Reichshandelsgesetz und die Auswirkung für die Gemeinden. 3. Allgemeines. Unter Punkt 3 soll die Schulung der Gemeindevorsteher im Winterhalbjahr besprochen werden.

Freitag. Die VSK ladet alle Parteigenossinnen und -genossen zu dem im Gasthof Birtigt zugunsten des Kinderheimes findenden oberlausitzischen Tanzabend ein. Beginn 18 Uhr 18,30 Uhr und 21 Uhr oberlausitzische Tänze.
Braunsdorf. Öffentliche Versammlung im Nebenhof, 9 Uhr.
Kommunistischer Jugendverband
Bezirk Ostböhmen. Alle Gruppen bereiten die Bezirksorgane vor, die am 19. und 20. November in Dresden stattfinden. Verloren: Mitgliedsbucher 33 162 (ausgestrichelt am 3. 2. und 33 156. Beide Bücher werden hiermit für ungültig erklärt.
Sonnabend den 28. Oktober:
Pirna. Treffen zum Abmarsch nach Struppen 18,30 Uhr Volkshaus Pirna.
Niederpfortitz. Feier des 10jährigen Bestehens der U. Alle Genossen stellen 18 Uhr beim Genossen Berger in Heilsfeldung.
Jung-Spartakus-Bund
Sonntag, den 30. Oktober:
Südwest. Alle Pioniere müssen 9 Uhr im Luftbad Cotta Hausagitation erscheinen.
Montag den 31. Oktober:
Südwest. 14 Uhr Versammlung im Luftbad Cotta, Pioniertruppen ist Pflicht.

Karte Jungfront
Sonnabend den 29. Oktober:
Abteilung 3. Agitation fällt aus.
Heidenau. Alle Genossen der VSK, VSK u. VSK treffen sich heute Freitag, 28. Oktober, 17,30 Uhr im Café Schwabe (großes Vereinszimmer) zum Verteilen von Handzetteln für unsere Kundgebung anlässlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion.
Die Leitungen.
Gemeinschaft proletarischer Freidenker
Sonnabend den 29. Oktober:
Vahren. Versammlung im Bürgergarten 20 Uhr. Frau Prof. Auver Siemen spricht über Religion, Christentum und weltliche Schule. Kundgebung zum Reichshandelsgesetz.
Gewerkschaftliches
Alle oppositionellen Eisenbahner gehen am Freitag den 28. Oktober, 19,30 Uhr in die Versammlung zum Hauptvorstand Echeffel, Berlin, im Krühlpalast, Schulerstraße.
Unterbezirk Ebersbach
Am Sonntag dem 30. Oktober 9 Uhr findet im Kreiskamm in Ebersbach eine
U. S. Gewerkschaftskonferenz
statt. An derselben haben teilzunehmen die Betriebsräte, Ortsausschüsse, delegierten sowie alle Gewerkschaftsfunktionäre.
Tagesordnung: Die Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Alfred Werner, Dresden.
U.S.-Leitung.

Generalausperrung in der Tabakindustrie?

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie gehören zu den am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien in ganz Deutschland. Ihre Lage läßt sich nur vergleichen mit derjenigen der Arbeiter in der Textil- und Spielwarenindustrie im Thüringer Walde und im Erzgebirge.

Zu ungläublichen Hungerlöhnen, die z. B. in der Badischen Tabakindustrie im Durchschnitt 26 bis 38 Pf. pro Stunde betragen, müssen die Zigarrenarbeiter täglich 9 und 10 Stunden schuften. Die letzte Lohnerhöhung hat im März d. J. stattgefunden. Dank der glorreichen Strategie der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer hat diese Bewegung mit den Folgen geendet, die die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie heute so bitter an ihrem Körper spüren. Ganze 7,5 Prozent „Erhöhung“ der erbärmlich niedrigen Löhne wurden vom Schlichtungsausschuß diktiert und von den reformistischen Gewerkschaftsführern widerstandslos angenommen.

Hingzu kommt, daß die Unternehmer durch Affordreduzierungen und ähnliche Maßnahmen selbst diese herausfordernde Lohn-„Erhöhung“ illusorisch gemacht haben, und daß der Schiedspruch eine Geltungsdauer bis zum März des nächsten Jahres hat. Mit den im März d. J. bewilligten Betteilspennungen sollen die Tabakarbeiter bis zum März des nächsten Jahres zufrieden sein.

So will es der Schiedspruch, so wollen es die Unternehmer, und so will es die „Tarifstreue“ der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer. Obwohl die Löhne bereits im März d. J. nicht im entferntesten den Lebenshaltungskosten entsprechen, sind während dieser Zeit nicht nur die Lebensmittel- und sonstigen Bedarfsmittelpreise, sondern auch die Mieten in die Höhe geklettert. Die Arbeiter können sich für ihren Lohn nur noch einen Bruchteil des Benötigten kaufen, wofür ihre Löhne im März dieses Jahres kaum noch ausreichen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie sollen sich aber mit ihren Hungerlöhnen abfinden.

Die grenzenlose Not zwingt sie deshalb, den Kampf um eine gewerkschaftliche Lohnerrhöhung aufzunehmen. In Leipzig, Breslau und Bünde hat die Arbeiterchaft die Einleitung einer gewerkschaftlichen Lohnerrhöhung durchgesetzt.

Am 17. Oktober trat ein Teil der Belegschaft von 2 Mannheimer Firmen, insgesamt 150 Arbeiter und Arbeiterinnen, in den Streik. Sie forderten 20prozentige Lohnzulage, was von beiden Firmen rundweg abgelehnt wurde. Als Antwort auf diese Lohnforderung kündigten diese Firmen auch der gesamten übrigen Arbeiterchaft, so daß am 24. Oktober etwa 600 Tabakarbeiterinnen auf die Straße flogen.

Auch die Leipziger Tabakarbeiter forderten 20prozentige Lohnzulage pro Stunde durch gewerkschaftliche Regelung. Die Verhandlungen über diese Lohnforderung wurden von den Unternehmern verschleppt. Daraufhin traten im Verlaufe der Zeit etwa 600 Tabakarbeiter in den Streik, bzw. wurden ausgesperrt. Die Unternehmer bezeichneten das Vorgehen der Leipziger Arbeiterchaft als Tarifbruch und verlangten vom Hauptvorstand des Tabakarbeiterverbandes die Wiederherstellung der tarifmäßigen Zustände in der Leipziger Verwaltung.

Obgleich die geforderte Lohnerrhöhung von 20 Prozent keineswegs der Senkung des Reallohnes durch die fortwährende Teuerung aller Lebensmittel entspricht, haben die Unternehmer für die Not der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie nur Hohn und Spott übrig. So wie in Leipzig, in Breslau und in Baden die Tabakarbeiter den Kampf um eine Lohnerrhöhung von 20 Prozent aufgenommen haben, muß es Aufgabe aller Tabakarbeiter im ganzen Reich sein, sich diesem Vorgehen anzuschließen, sich die Forderung von 20 Prozent Lohnerrhöhung zu eigen zu machen und für ihre restlose Durchführung den Kampf aufzunehmen. Das ist um so notwendiger, da die Unternehmer zu einem großen Gegenschlag auszuholen wollen. Folgende Meldung des RTW zeigt den Ernst der Lage auf:

„Einer Korrespondenz zufolge haben am 18. Oktober Tarifkommission und Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller, E. V., den Beschluß gefaßt, alle in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonnabend dem 20. Oktober mit einer 14tägigen Frist zum 12. November dieses Jahres zum Zwecke einer Aussperrung zu kündigen. Diese Maßnahme sei darauf zurückzuführen, daß, obwohl der gültige Reichstarif noch bis Ende März 1928 läuft, ein Teil der Zigarrenarbeiter, und zwar in Leipzig, Breslau und Bünde i. W., in einen tarifwidrigen Streik eingetreten sind.“

Das ist die Antwort der Unternehmer auf die Veruche der Tabakarbeiter, ihre ungeheure Notlage durch den Kampf um eine Lohnerrhöhung zu verbessern. Der Tarifbruch ist nicht von den Arbeitern, sondern von dem Kapital durch die ausgelöste anhaltende Verteuerung der Lebensmittel, Mieten usw. begangen

worden. Die Generalausperrung, bei der 120 000 bis 130 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage kommen, wird angebracht und eingeleitet. Die Unternehmer rechnen damit, daß der Hauptvorstand des Tabakarbeiterverbandes, wie er es in Berlin gemacht hat, sich einschütern läßt und verhindert, daß die begonnene Bewegung sich über Leipzig, Breslau, Mannheim und Bünde hinaus ausdehnt.

Die Anzeichen für eine solche Preisgabe der Lebensinteressen der gesamten Tabakarbeiterchaft seitens der reformistischen Gewerkschaftsführer sind bereits da. Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt in bezug auf die Streikbewegung der Tabakarbeiter folgende bezeichnenden Worte:

„Billigen kann man diese Vorstöße (!) nicht, aber man kann sie verstehen.“

Auch das Organ des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Der Tabakarbeiter, nimmt in seiner letzten Ausgabe Nr. 43 denselben Standpunkt wie der sozialdemokratische Pressedienst ein mit folgenden Worten:

„Es braucht nicht erst betont zu werden, daß ein solches Verhalten mit den Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes für die deutsche Zigarrenherstellung nicht in Einklang zu bringen ist und von der Leitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes nicht gebilligt werden kann.“

Also, die Kämpfe der Tabakarbeiter sind „Vorstöße“ gegen

die bestehenden Verträge, die man „nicht billigen“ und damit natürlich auch nicht deden kann. Obgleich vor einiger Zeit anläßlich der Gemeinde- und Staatsarbeiterbewegung in Hamburg der Hamburger Schlichter Stejneger die Forderung einer gewerkschaftlichen Lohnerrhöhung als absolut berechtigt anerkannte und auf dieser Basis auch einen Schlichtungsprach schloß, und die reformistischen Verhandlungsführer dagegen und für die Einhaltung der Schlichtungsprache, das heißt für die Geltung der jetzigen Schandlöhne bis zum März 1928.

Die Tabakarbeiter müssen im ganzen Reich nach dem Beispiel in Leipzig, Breslau, Mannheim und Bünde auf ihre Weise auf den Vorstoß der Unternehmer antworten. Das frohe Auftreten der Unternehmer muß für alle Tabakarbeiter der Anlaß sein, die Forderungen der bereits im Kampfe stehenden Tabakarbeiter von 20 Prozent Lohnerrhöhung pro Stunde durch gewerkschaftliche Regelung aufzunehmen. Es ist die günstigste Zeit und ein einheitslich geführter Schlag im ganzen Reich wird nicht ohne Erfolg bleiben. Gerade die jetzige Zeit ist die günstigste für die Zigarrenindustrie. Es herrscht eine gute Konjunktur, die durch das kommende Weihnachtsgeschäft noch gesteigert wird. Es ist darum notwendig, daß sich die Tabakarbeiter in allen Gebieten Deutschlands betriebsweise, und in den örtlichen Organisationen des Tabakarbeiterverbandes, besonders auch des christlichen Tabakarbeiterverbandes, die Forderung der 20prozentigen Lohnerrhöhung zu eigen machen und darauf dringen, daß bei Ablehnung die erhobenen Forderungen im Kampfe durch einen Streik durchgesetzt werden.

Knochenmühle — Staatsoper

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor circa 2 Jahren ist der Betrieb rationalisiert worden, d. h. 8 Mann hat man auf die Straße geworfen. Die Kolonnen waren eine unheimliche Ausbeutung der im Betrieb verbliebenen Kollegen; circa 100 Mann und der Betriebsrat (BRT) haben sich letzten Endes gewungen, die Sache dem Landtagsabgeordneten Weikel zu unterbreiten, der den Betrieb persönlich anah und in einer Landtagssitzung, in der das Kapitel „Etat der Staatstheater“ behandelt wurde, den Antrag stellte, die entlassenen 8 Mann wieder einzustellen. Der Antrag ging durch und laut Landtagsbeschluss waren die 8 Mann einzustellen. Das war im Juni/Juli d. J. Dieser Bescheid ist von der Verwaltung bzw. Direktion des Opernhauses sabotiert worden, und die Leute sind bis heute noch nicht eingestellt. Die Auswirkungen sind furchtbar und klingen fast ungläublich: Erstens kommt es sehr oft vor, daß die Kollegen arbeiten müssen von früh 7 Uhr bis 22 bis 22,30 Uhr! Um die Leute zu halten, werden sie vom Direktor Hafat oder dem Oberinspektor Niedler in das Stammbüro der leuchtigen Turner, Vermoerstraße, „essen geschickt“. Dort erhalten sie ein Einkügelchen für den Verrat des Abstundentages in Gestalt eines Stückes halbrohen Alkohols mit aufgewärmten Kartoffeln, Zigarre und 1 Glas Bier, dann schäufeln sie weiter bis 22 Uhr. Wer bezahlt das? Es sollen manchmal 500 Portionen in einer Woche zusammenkommen sein! Zweitens: Die Leute haben viermal täglich bis 22,30 Uhr, müssen aber bereits früh 7 Uhr wieder anfangen, in letzter Zeit gar früh 6 Uhr. Viele haben einen Weg von einer Stunde, da bleibt bei dieser Schularbeit eine Nachtruhe von 5 1/2 bis 6 Stunden!

Den Vogel schießt die Kolonne „Transport“ ab. Diese Leute arbeiten von 7 bis 15,30 Uhr. Dann gehen sie nach Hause und kommen 23 Uhr wieder und machen Nacharbeit bis 2 Uhr und fangen Tags darauf um 7 Uhr wieder an. Das sind keine Ausnahmen, sondern es kommt sehr oft vor. Drittens: Will die Karre mal gar nicht mehr laufen, d. h. sind die Leute genügend ausgepreßt, dann holt man Ausschiffen, aber nicht vom Nachweis, sondern vom Baumeister Ulrich oder Kosch. Diese

Kuchorganierten arbeiten tagsüber bei den Unternehmern und kommen dann nach Feierabend oder Sonntags in die Oper und machen ihre 12 oder 15 Stunden voll. Arbeitsstunden sind an der Tagesordnung, jedoch wird nur die 10. bis 24. Stunde bezahlt. Die 8. und 9. Stunde werden gutgemacht, d. h. für eine geleistete Arbeitsstunde macht der Mann an einem anderen Tage mal eine weniger. Von Arbeitsstundenzuschlag keine Spur (laut Tarif — Verkehrsband). Der Belegschaft ist es vergönnt, 2 Abende in der Woche daheim bei ihren Familien zu verbringen. In dies aus „technischen Gründen“ nicht möglich, so wird eben auch diese geringe Erholung noch verschoben, so wie es den Herren paßt! Sonntag ist den Leuten ein fast fremder Begriff. Es gibt es nur alle 7 Wochen einen. Die Frühstückspause ist auch so ein Kapitel: Die Leute arbeiten von 7 bis 10 Uhr (bei vielen kommt noch eine Stunde Weg dazu). Dann schikt man sie nach Hause und von 16,30 bis 22,30 Uhr oder von 7 bis 15 Uhr und von 20 bis 20,30 Uhr. Also: Um abends die halbe Stunde, die an 8 Stunden fehlt, zusammenzuholen, 2 Stunden Weg und Fahrgehalt. Ein Mann kommt sogar von Koblenz. Die Direktion schämt sich nicht, einen Kollegen, der im Betrieb alt und trumm gemorden, mit einer Strafe von 20 Mark zu belegen wegen eines geringen Vergehens, das bei der unheimlichen Antreiberei ganz unaussprechlich ist. Der Verband sieht diesem Treiben tatenlos zu, und die Kollegen haben das Gefühl, nur noch zahlende Mitglieder zu sein. Wie im Betrieb gewerkschaftlich wird, ist ungläublich. Trotzdem die Oper eine eigene große Lichterei hat, werden die Arbeiter bei Aufführung einer neuen Oper bis auf die letzten paar Tage hinausgeschoben und dann zum größten Teil an hiesige oder auswärtige Firmen vergeben. A. B. an Baumeister Ulrich und Kosch, hier, und Beleuchtungsjima Schwabe, Berlin.

Bei Ulrich und Kosch wird heute mit Überstunden, Nachtarbeit und Sonntagsarbeit „verdient“. Was an einer einzigen Oper an Tausenden von Mark reingepumpt wird, spielt keine Rolle, da hat der Staat Geld, aber für die Arbeiter? Die läßt man 15 Stunden arbeiten und „spart“ den Lohn von 8 Mann. Es wird Sache der kommunistischen Landtagsfraktion sein, diese ungläublichen Mißstände einmal unter die Lupe zu nehmen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, denn diese Arbeitsmethode ist ein Verbrechen an der Gesundheit der dort Beschäftigten. Den Kollegen an der Staatsoper aber sagen wir: Bekannt euch auf eure Menschenrechte! Jetzt dienen Herrschaften mehr Klassenbewußtsein! Organisiert euch alle in der KPD und laßt ab vom Strebertum, denn: Jeid ihr alt und trumm, dann fliegt ihr aufs Pfahler! Haltet an dem Achtstundentag fest, denn die Zahl derer ist groß, die auf dem Arbeitsnachweis hungern und frieren!

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesener Teil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kerner, Dresden. Druck: „Keunag“, Druckereifiliale Dresden.

Kaufhaus
Maximilian
Reiner
Heidenau-Nord
Bahnhofstraße 10
für
Glas, Porzellan, Steingut,
Haus- u. Küchengeräte,
Galantene u. Spielwaren

ROMAN VON
FJODOR GLADKOW
ZEMENT
Aus dem Russischen Übertragen von Olga Halpern
Copyright 1922 by Verlag für Literatur und Postik (Dr. Johannes Wertheim),
Wien, Berlin

(97. Fortsetzung)
Auf dem Plaze vor der Fabrikleitung drängten sich Arbeiter in kleinen Haufen, in müßiggängerischer Langeweile, saßen im Schatten auf der Erde, vor der Wand, kamen und gingen, Rauchten und schrien durcheinander und lachten laut. Gromada stand auf der höchsten Stufe der Treppe, in der offenen Tür des Bureaus, suchte mit seiner knochigen Faust und krümmte sich vor schwindelhafter Erregung.
— Das ist nur vorübergehend, Genossen, aber als Arbeiterklasse müssen wir voller Bewußtsein dieser Sache gegenüber... und so und weiter... Wir werden in geschlossenen Reihen durch die Zellen und Versammlungen eine Resolution beschließen, und da der Gewerkschaftsrat uns eine nachsichtige Organisation ist — so werden wir auf diese Weise unsere Interessen verteidigen können und werden die Sache dem Revolutionstribunal übergeben... und all dies Gefindel und allen Untat an die Wand nageln...
Die Menschenmasse erdröhnte unter Schreien, Lachen und Beifallklatschen.
Und nur Sawtschuk, in einem zeretzten Hemd, schob sich durch die Massen, schlug mit den Armen um sich und brüllte:
— Niederhauen muß man sie, diese Ungeheuer!... Ins Meer mit ihnen, mit diesen Hunden!... Worauf wartet ihr, ihr Gefindel, warum seid ihr so lau?... Das halle ich!
Gleich lief die Treppe hinunter und ertrank sogleich in der Masse der staubigen, verschwitzten Gesichter, in den Schreien, der Unordnung, den feuchtklebrigen Händen.
— Da, da ist er, das Ungeheuer!... Ach, du Hund, du!... Jetzt wird alles in Ordnung kommen, er wird es in Ordnung bringen, der Krieger!... Alle wird er sie an die Wand

stellen... Ha, der Teufel hat dich uns in einer bösen Stunde weggetragen.
Und zwischen diesen freudigen Rufem ertönten auch andere, düstere und strenge:
— Wie ist das also, Genosse Tschumalow, was bedeutet das... Wenn wir so arbeiten werden — dann ist es schon besser, gleich in die Hölle zu fahren... Sind das Späße?... Wir wissen, wessen Streiche das sind... Diese alten Hautschinder träumen nur vom Jarentregime. Erwarten die Hausherren, die Bestler... diese verdammten... Alle muß man sie vor die Hintern nehmen... Gutes ist von ihnen nicht zu erwarten...
Schweißgeruch und Tabakqualm strömte ihm entgegen, und der Atem in diesem Gedränge war schwer und heiß. Gleich stieg mit den Schultern die dichten Massen nach rechts und links auseinander.
— Genossen, die Arbeit ist in vollem Gange. Morgen hat jeder nach dem ersten Strenensignal an seinem Plaze zu sein. Diesen ganzen Maschinenpark der Speizen werde ich bald ein Ende machen und sie selber an die Wand drücken. Ich fahre jetzt in den Volkswirtschaftsrat. Wir werden erbarmungslos die Bestrafung der Gegenrevolution verlangen, Genossen. Im Industriebureau habe ich alle Anweisungen bekommen, habe Preismaterial mitgebracht. Wir werden heute nach den Vermietungen schicken. Und vor allem werden wir die Granulier- und Bohrmaschinen laufen lassen.
Gleich drängte sich vor, schob die Massen auseinander, konnte aber schwer aus dem Gedränge herauskommen. Die Menschen brüllten, stießen sich auf einer Stelle herum, suchten mit den Armen und stampften mit den Füßen auf dem Beton.
— Tschumalow, hooohheben!... hereden!... Tschumalow...
Sawtschuk stieg Gleich mit aller Wucht mit seiner Faust, heute wie verrückt und sah ihn durch die kühle Feuchtigkeit seiner Augen an.
— Du Ungeheuer, du... Gleich!... Laß auch die Börtcheren in Betrieb setzen... So halte ichs nicht aus!... Ich werde sie prügeln... dies Gefindel!...
Gleich schwenkte seinen Helm über dem Kopf.
— Gromada, wo ist Gromada?... Stoß ihn her, Brüder... So... komm, fahren wir, Gromada!...
Gleich fuhr nicht in den Volkswirtschaftsrat, sondern stieg vor der Tür des Exekutivkomitees aus dem Wagen.

Auf der Treppe, im zweiten Stock, mußte er Gromada fest unter den Arm fügen. Und Gromada fruchtete ersticht fast und glöhte vor Erschöpfung mit seinen Augen.
— Was, bist eine krepierete Henne, du Tölpel!... Für einen Feldzug — taugt du nicht viel... Halt! Schöpf Atem, ruh dich aus zum Kampf...
— Du weißt doch, Genosse Tschumalow, wie ich bin, wenn mir der Atem vergeht, aber jenen Speizen gebe ich noch vierzig Punkte vor.
— Ha, Ferge werden wir ummäßen, zum Teufel noch einmal... Stimmt schon... Bist halb krepieret, aber stiehgen kannst du — wie ein Maschinengewehr...
Und kaum hatte der zottige Alte Gleich bemerkt, als er die Tür öffnete und sich mit seinem Stuhl zur Seite schob.
Radjin war nicht allein; bei ihm saßen Schramm, Tschibis und Dalscha.
Sie sah ihn an, und ihre Augen wurden groß vor Staunen, und eine Unruhe und Freude strömten ihm in breiter Welle aus ihren Widen entgegen. Aber es war nicht Freude, die Gleich in ihren Augen sah, etwas anderes war in ihnen, etwas, was er nie früher gesehen hatte, das tief war wie ein Seufzer und das sein Herz schmerzhaft verbrühte.
Radjin sah ihn starr und zersplittert an und schaute dann wieder an den Tisch, auf die Papiere, in denen er mit seinen haarigen Händen herumwühlte; er hörte Schramm zu.
Tschibis sah wie immer: Man mußte nicht, langweilt er sich ausruhend oder denkt er über etwas Persönliches, nur ihn Angehendes nach, das er niemandem laut sagen kann.
Woy ist Dalscha — bei Radjin. Ist ihr Scherz, den sie damals lächelnd über das gemeinsame Bett mit Radjin in der Kofatenhedlung gemacht hatte — Wahrheit gewesen? War es — oder war es nicht? Warum sind ihre Augen so düster und warum sind neue, eigentümliche Wellen in dieser Düsternis? Ihre Augen sind trocken, rund, wie von Hitze verbrannt, wie im Fieber. Wieder ist ihre Seele — wie ein tiefer Brunnen, und sie ist ebenso unzugänglich für ihn — wie das Wasser eines tiefen Brunnen. Und zum ersten Male gingen die vergessenen Worte Rosjas wie ein Stoß durch sein Herz: kein gemeinsames Leben werden ihre Seelen haben, kein gemeinsames Nest, kein gemeinsames warmes Bett.
Er trat zu Dalscha, sie blieb ruhig sitzen, sah ihn nicht mehr an und war wie fremd.
(Fortsetzung folgt.)

